

Nachtrag Nr. 4 vom 25. März 2010

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“)

zum Basisprospekt für

Schuldverschreibungen (einschließlich Pfandbriefe)

vom 21. November 2008

geändert durch

Nachtrag Nr. 1 vom 14. April 2009,
Nachtrag Nr. 2 vom 30. April 2009 und
Nachtrag Nr. 3 vom 5. Juni 2009

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend „Emittentin“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt)

Dieser Nachtrag wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten. Zudem ist vorgesehen, ihn in elektronischer Form auf der Website der Emittentin unter www.helaba.de bereitzustellen.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|------|
| Allgemeine Informationen zum Nachtrag..... | 3 |
| Wichtige Hinweise..... | 3 |
| Belehrung über das Widerrufsrecht | 3 |
| Inhalt dieses Nachtrags | 4 |
| Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Angaben zur Emittentin (Abschnitt I.2. des Basisprospekts)..... | 4 |
| Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt III. des Basisprospekts)..... | 4 |
| Anhang: | |
| Jahresabschluss 2009 der Landesbank Hessen-Thüringen..... | 5 |
| - Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen..... | A-1 |
| - Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen..... | A-45 |
| Unterzeichner für die Landesbank Hessen-Thüringen..... | 6 |

Allgemeine Informationen zum Nachtrag

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieses Nachtrags. Die Helaba erklärt, dass die in diesem Nachtrag enthaltenen Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

Dieser Nachtrag vom 25. März 2010 („der Nachtrag“) wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten. Zudem ist vorgesehen, den Nachtrag in elektronischer Form auf der Website der Emittentin unter www.helaba.de bereitzustellen.

Wichtige Hinweise

Dieser Nachtrag aktualisiert den auf dem Deckblatt genannten Basisprospekt vom 21. November 2008 in Bezug auf die bereit gestellten und in diesem Nachtrag genannten Angaben und bildet mit diesem eine Einheit. Die mit diesem Nachtrag bereit gestellten Angaben sind mit den im Basisprospekt zur Verfügung gestellten Angaben im Zusammenhang zu lesen. Die Aushändigung dieses Nachtrags bedeutet zu keiner Zeit, dass die darin enthaltenen Angaben bezüglich der Emittentin zu einem späteren Zeitpunkt als zu dem Datum dieses Nachtrags zutreffend sind oder dass andere im Zusammenhang mit dem Nachtrag zur Verfügung gestellte Angaben zu einem späteren Zeitpunkt zutreffend sind als zu dem Datum des betreffenden Dokuments, in dem diese enthalten sind. Unter den Voraussetzungen des § 16 WpPG wird die Emittentin etwaige weitere Nachträge zum Basisprospekt veröffentlichen.

Belehrung über das Widerrufsrecht

Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von unter dem Basisprospekt angebotenen Wertpapieren gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags widerrufen sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen, Neue Mainzer Str. 52-58, 60311 Frankfurt am Main, zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Inhalt dieses Nachtrags

Die Helaba hat am 25. März 2010 ihren Jahresabschluss 2009 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) veröffentlicht. Dieser Jahresabschluss 2009 einschließlich der Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen, des Anhangs sowie dem Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen und der Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers ist im Anhang dieses Nachtrags beigefügt und ist Bestandteil dieses Nachtrags.

Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Angaben zur Emittentin (Abschnitt I.2. des Basisprospekts)

Die im Basisprospekt im Abschnitt I.2. enthaltenen Angaben werden unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ wie folgt ergänzt:

Historische Finanzinformation

Die Emittentin hat am 25. März 2010 ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2009 veröffentlicht. Dieser Jahresabschluss 2009 nach den Vorschriften des HGB wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt III. des Basisprospekts)

Der Basisprospekt wird in Abschnitt III. unter der Überschrift „Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ ergänzt. Diese aufgenommenen Formulierungen ergänzen darüber hinaus das per Verweis einbezogene Registrierungsformular vom 27. Mai 2009 unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ wie folgt:

Historische Finanzinformation

Die Emittentin hat am 25. März 2010 ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2009 veröffentlicht. Dieser Jahresabschluss 2009 nach den Vorschriften des HGB wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Anhang: Jahresabschluss 2009 der Landesbank Hessen-Thüringen
nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB)

Die nachfolgenden Seiten A-1 bis A-82 sind dem Jahresfinanzbericht 2009 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale entnommen, der bei der Helaba, Neue Mainzer Strasse 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main erhältlich oder unter www.helaba.de abrufbar ist.

LAGEBERICHT DER LANDESBANK HESSEN-THÜRINGEN

Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit der Helaba

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) gehört zu denjenigen deutschen Kreditinstituten, die die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise aus eigener Kraft, das heißt ohne Inanspruchnahme staatlicher Stützungsmaßnahmen, bewältigt haben. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind

- das konzernweit angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit regionalem Fokus und ausgewählter internationaler Präsenz,
- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapitalausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft,
- der weitgehende Verzicht auf Kreditersatzgeschäfte,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- sowie des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba beruht auf den drei Säulen „Großkundengeschäft und Investmentbanking“, „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ und dem „Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft“.

In der Unternehmenssparte „Großkundengeschäft und Investmentbanking“ konzentriert die Helaba ihre Aktivitäten auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Financial Institutions and Public Finance, Global Markets, Asset Management und Transaktionsgeschäft. Ziel dieser fokussierten Geschäftsfeldstrategien ist national wie international die Erreichung beziehungsweise der Ausbau von Marktführungspositionen in ausgewählten Marktsegmenten. Vertriebsseitig verfolgt die Helaba einen dualen Ansatz: zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebes auf Zielkunden. Im Wholesale Banking stellen Großunternehmen, institutionelle Kunden sowie öffentliche Gebietskörperschaften und kommunalnahe Unternehmen die wesentlichen Zielkunden dar. Parallel zur weiteren Herausbildung des europäischen Binnenmarktes hat die Helaba in den letzten Jahren die Vertriebsaktivitäten in den Ländern der Europäischen Union (EU) selektiv weiter verstärkt. In der EU unterhält die Helaba Standorte in London, Dublin, Paris und Madrid. Hinzu kommt die unmittelbare Marktpräsenz in den USA über die Niederlassung New York, die Auslandsrepräsentanzen in Moskau und Shanghai sowie das Tochterinstitut LB(Swiss) Privatbank AG in Zürich.

In der Unternehmenssparte „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ ist die Verbundbankfunktion der Helaba als zentraler Produktlieferant und Dienstleistungsplattform für die Verbundsparkassen in Hessen und Thüringen angesiedelt. Die Region Hessen-Thüringen stellt – auch im europäischen Kontext – einen attraktiven Wirtschaftsraum mit hohem Zukunftspotenzial dar. Im Rahmen des Geschäftsmodells der „wirtschaftlichen Einheit“ mit den 50 Verbundsparkassen erfolgt im gemeinsamen Geschäftsgebiet eine produkt- und kundenseitige Gesamtmarktdeckung. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen hat die Helaba in beiden Bundesländern eine Spitzenposition im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, ein hundertprozentiges Tochterinstitut der Helaba, ist Marktführer im Retailbanking in der Region Frankfurt/Main. Über die Frankfurter Sparkasse und ihre Vertriebsgesellschaft 1822direkt verfügt der Helaba-Konzern auch über ein signifikantes Standbein im nationalen Direktbankgeschäft mit knapp 500.000 Kunden und einem Kundenvolumen von 5,9 Mrd. € Ende 2009.

In der Unternehmenssparte „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ nimmt die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die WIBank, die im August 2009 aus der Verschmelzung der vor-maligen Investitionsbank Hessen auf die LTH – Bank für Infrastruktur hervorgegangen ist, verfügt über die unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen, arbeitet nach dem Prinzip der Wettbewerbsneutralität und ist steuerbefreit. Die Helaba unterhält Beteiligungen an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere am Fonds „Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG“, sowie an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Eigentümer und Träger der Helaba sind mit einem Anteil von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT), dem staatsvertraglich als Mitglieder die Sparkassen in Hessen und Thüringen und ihre kommunalen Träger angehören, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 % am Stammkapital der Bank.

Darüber hinaus haben das Land Hessen zeitlich unbefristete stille Einlagen in Höhe von 1,92 Mrd. €, die Sparkassen in Hessen und Thüringen unbefristete und befristete stille Einlagen in Höhe von 395 Mio. € sowie private und institutionelle Anleger zeitlich unbefristete und befristete Einlagen in Höhe von 658 Mio. € als haftendes Kernkapital in die Helaba eingelegt.

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Rating

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), FitchRatings (Fitch) und Standard & Poor's Corp. (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 31. Dezember 2009):

| | Moody's | Fitch | S & P |
|--------------------------------|---------|-------|-------|
| Langfristig (unbesichert) | Aa2 | A+* | A** |
| Kurzfristig (unbesichert) | P-1 | F1+* | A-1** |
| Öffentliche Pfandbriefe | Aaa | AAA | AAA |
| Hypothekenspfandbriefe | – | AAA | – |
| Finanzkraft-/Individual-Rating | C- | B/C* | – |

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

** S & P hat auch allen Verbundsparkassen auf Basis des gemeinsamen regionalen Reservefonds Hessen-Thüringen dieses Rating verliehen.

Die für die Helaba und die Sparkassen von Fitch und Standard & Poor's vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Seit Mitte 2005, nach Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, sind die Ratings der Helaba für unbesicherte Verbindlichkeiten bei allen drei Rating-Agenturen unverändert.

Aufgrund von generellen Methodenänderungen bei der Beurteilung von hybriden Kapitalinstrumenten hat die Rating-Agentur Moody's Mitte Februar 2010 das Rating einer Helaba-Genussschein-Emission auf Baa2 sowie zweier stiller Einlagen der Main Capital Funding Limited Partnership an die Helaba auf Ba1 neu eingestuft. Die Rating-Agentur Fitch hat im Januar 2010 das Rating für Hypothekendarlehen zahlreicher deutscher Banken, darunter auch der Helaba, auf „Rating Watch Negative“ gesetzt. Grund hierfür ist, dass Fitch neue, detaillierte Daten-Templates zur Beurteilung der Qualität der als Deckung verwendeten gewerblichen Hypothekendarlehen einsetzen wird und bis zum Erhalt dieser Daten, deren Aufbereitung für die Emittenten zeitlich sehr aufwändig ist, an dieser Rating-Beobachtung festhält. Für den Fall der Nichtlieferung dieser Daten durch Emittenten könnte eine Herabstufung des Ratings für Hypothekendarlehen dieser Emittenten nicht ausgeschlossen werden. Die Helaba beabsichtigt kurzfristig die erforderlichen Daten bereitzustellen.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung, mit der sowohl Neugeschäfte barwertig bewertet werden als auch das Ergebnis des Bestandes periodengerecht abgebildet wird. Die einzelgeschäftliche Steuerung wird dabei für definierte Kernportfolien des Konzerns angewendet und durch weitere Steuerungskreise komplettiert. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden für die verschiedenen Ergebniskomponenten Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Zur Überwachung der Budgetkompetenzen werden den Geschäftseinheiten zeitnah detaillierte Berichte zur Budgetauslastung zur Verfügung gestellt. Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass ca. die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden können. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Das Vergütungssystem der Helaba erfüllt dem Sinn und Zweck nach schon seit Jahren die seitens der Bankenaufsicht Ende 2009 definierten aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten. Einzelne im Wesentlichen noch formal zu erfüllende Anforderungen werden 2010 zügig umgesetzt. Auf der Grundlage einer Risikoanalyse wurden diejenigen Stellen ermittelt, bei denen das Begründen hoher Risikopositionen anzunehmen ist. Für alle Mitarbeiter wird ab einer bestimmten Relation der variablen Vergütung, die im Branchenvergleich ohnehin moderat ist, eine Deferral-Komponente eingeführt. Die Einrichtung eines Vergütungsausschusses wurde beschlossen; der Personalausschuss des Verwaltungsrats der Helaba übernimmt die Überwachungsfunktion hinsichtlich der Vergütungssysteme.

Als regional verankertes Kreditinstitut mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche Verantwortung, insbesondere in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Die Bank ist direkt beziehungsweise über ihr Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens enga-

giert und fördert herausragende Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Gründungsmitgliedern des von führenden Finanzunternehmen getragenen Vereins „Frankfurt Main Finance e.V.“, dessen Ziel in der Förderung des internationalen Standortmarketings des Finanzplatzes Frankfurt am Main besteht. Die Rating-Agentur oekom research AG unterzieht die Bank einem Nachhaltigkeits-Rating und überprüft damit das ökologisch und sozial verantwortliche Handeln der Helaba. Im Ergebnis wird die Bank im Investmentstatus „prime“ geführt. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. 2009 erfolgte die Revalidierung gemäß EMAS II und die Rezertifizierung nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Als eine der Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise sollen international die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Quantität und Qualität der Eigenkapitalausstattung sowie der Liquiditätsvorsorge von Kreditinstituten in den nächsten Jahren verschärft werden. Im Gefolge von Beschlüssen der G-20-Staaten und des Financial Stability Board haben der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure sowie auf EU-Ebene der Council of European Banking Supervisors (CEBS) Ende 2009 entsprechende Vorschläge vorgelegt. Konkrete aufsichtsrechtliche Festlegungen sowie die Definition von Übergangsregelungen sollen im Jahr 2010 nach Auswertung der Ergebnisse einer Auswirkungsstudie getroffen werden. Hinzu kommen politische Diskussionen um die Einführung aufsichtsrechtlicher Regelungen betreffend die bilanzielle Größe, die Geschäftsstruktur und die Insolvenzfähigkeit von Kreditinstituten. Es zeichnet sich auch ab, dass die Bandbreite aufsichtsrechtlicher Eingriffsrechte erweitert wird. Je nach Ausgestaltung und Dauer der zeitlichen Übergangsphasen werden die neuen internationalen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen erheblichen Einfluss auf die Geschäftsstruktur und Rentabilität an den Bankenmärkten haben.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbanken-Sektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die, unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Für die vom deutschen Gesetzgeber Mitte 2009 geschaffene Möglichkeit der Auslagerung von Wertpapieren und sonstigen nicht strategischen Geschäftsbeständen auf Abwicklungsgesellschaften unter dem Dach des staatlichen Sondervermögens Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) befinden sich bislang Anträge von zwei Kreditinstituten in der Umsetzung.

Im Unterschied zu vielen anderen Kreditinstituten hat die Helaba die Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise vergleichsweise gut und aus eigener Kraft bewältigt. Die Helaba geht davon aus, dass staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen bei anderen Kreditinstituten nicht die eigene Wettbewerbsposition beeinträchtigen.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Helaba war im Geschäftsjahr 2009 geprägt von einem operativ guten Geschäftsverlauf, bei einem gleichzeitig rezessionsbedingt deutlichen Anstieg der Kreditrisikoversorge. Die Geschäftssteuerung war 2009 parallel an den drei Zielen Eigenkapitalunterlegung, Risiko und Liquidität ausgerichtet. Das mittel-/langfristige Neugeschäft lag bei knapp 12 Mrd. €, im kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäft wurden durch die Helaba im mittel-/langfristigen Laufzeitbereich zusätzlich rund 6 Mrd. € Schuldscheinemissionen begleitet. Damit stand die Helaba trotz der

schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Kundengeschäft als Kreditgeber und Geschäftspartner weiterhin zur Verfügung. Dies entspricht auch der realwirtschaftlichen Ausrichtung des strategischen Geschäftsmodells der Helaba. Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung des Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei mittel- und langfristigen Refinanzierungen stellen ungedeckte Bankschuldverschreibungen sowie öffentliche und Hypothekenpfandbriefe die wesentlichen Refinanzierungsinstrumente dar. Für die Refinanzierungsbasis des Konzerns stellen die Kundeneinlagen im Retailgeschäft eine zusätzliche Diversifizierung der Refinanzierungsquellen dar.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Geschäftsjahres 2009 erzielt die Helaba in turbulenten Zeiten ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2009

| | 2009 Mio. € | 2008 Mio. € | Veränderungen Mio. € | Veränderungen % |
|-------------------------------------|----------------|----------------|-------------------------|--------------------|
| Geschäftsvolumen | 179.625 | 201.195 | -21.570 | -11 |
| Bilanzsumme | 148.895 | 162.082 | -13.187 | -8 |
| Betriebsergebnis vor Risikovorsorge | 807 | 444 | 363 | 82 |
| Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis | -514 | -272 | -242 | -89 |
| Jahresüberschuss | 162 | 207 | -45 | -22 |

Die Bank hat bis 31. Dezember 2008 einen Anteil von 50% an der Investitionsbank Hessen Anstalt öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, (IBH) gehalten; die übrigen Anteile lagen beim Land Hessen. Die IBH wies in ihrem Jahresabschluss 2008 eine Bilanzsumme von 1,1 Mrd. € und einen Jahresüberschuss von 2 Mio. € aus. Im Jahr 2009 wurde die IBH rückwirkend zum 1. Januar 2009 auf die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale verschmolzen. Damit spiegeln sich Vermögensgegenstände und Verpflichtungen, sowie die Erträge der IBH dieses Jahr erstmals im Abschluss der Bank wider. Auf eine Differenzierung in den Daten für 2009 wird jedoch angesichts des Größenunterschiedes verzichtet.

Weiterhin berücksichtigt die Bank in ihrer Darstellung der Ertragslage den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen als Bestandteil der Gewinnverwendung. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sind damit in der Ertragslage um 93 Mio. € (2008: 93 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Ertragslage

Die Helaba konnte trotz des schwierigen Umfelds im Jahr 2009 ihr operatives Ergebnis steigern.

Ertragslage

| | 2009 Mio. € | 2008 Mio. € | Veränderungen Mio. € | Veränderungen % |
|--|----------------|----------------|-------------------------|--------------------|
| Zinsüberschuss | 1.300 | 1.111 | 189 | 17 |
| Provisionsüberschuss | 100 | 127 | -27 | -21 |
| Nettoertrag aus Finanzgeschäften | -41 | -216 | 175 | 81 |
| Sonstiges betriebliches Ergebnis | 59 | 28 | 31 | 111 |
| Operatives Ergebnis | 1.418 | 1.050 | 368 | 35 |
| Verwaltungsaufwendungen | 611 | 606 | -5 | -1 |
| Betriebsergebnis vor Risikovorsorge | 807 | 444 | 363 | 82 |
| Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis | -514 | -272 | -242 | -89 |
| Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f) | -70 | 390 | -460 | |
| Betriebsergebnis nach Risikovorsorge | 223 | 562 | -339 | -60 |
| Steuern vom Einkommen und Ertrag | 61 | 55 | 6 | 11 |
| Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g) | 0 | 300 | -300 | |
| Jahresüberschuss | 162 | 207 | -45 | -22 |

Der Zinsüberschuss ist unverändert eine wesentliche Ertragssäule für die Helaba. Der Ergebnisbeitrag von 1.300 Mio. € wurde gegenüber dem Vorjahreswert von 1.111 Mio. € um 17 % gesteigert. Dieser Anstieg resultiert zum einen aus gestärkten Margenbeiträgen im zinstragenden Kundengeschäft, zum anderen aus einem gestiegenen Beitrag aus Geldhandel und Zinsmanagement.

Der Provisionsüberschuss ist nach einem starken Anstieg im Vorjahr wieder etwas zurückgegangen auf 100 Mio. € (2008: 127 Mio. €). Hierzu haben Rückgänge im Geschäft mit Kreditderivaten ebenso beigetragen wie zurückgegangene Provisionsergebnisse aus dem Wertpapiergeschäft. Dem angestiegenen Aufwand für Vermittlungsprovisionen stehen korrespondierend gestiegene Erträge in anderen Ergebnispositionen gegenüber.

Im Laufe des Jahres 2009 wurden aufgrund sukzessive liquider werdender Märkte die Spreads wieder kleiner. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften beträgt -41 Mio. €, nach -216 Mio. € im Vorjahr, und resultiert maßgeblich aus dem Zins- und Devisengeschäft.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen liegt bei 59 Mio. € (2008: 28 Mio. €). Die Veränderung geht vor allem auf nicht erforderliche Vorsorgepositionen im Aufwands- und Ertragsbereich zurück.

Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Verwaltungsaufwendungen von 611 Mio. € setzen sich aus Personalaufwendungen (318 Mio. €) und Sachaufwendungen (281 Mio. €) zusammen, dazu kommen Abschreibungen auf Sachanlagen (12 Mio. €). Der Personalaufwand verminderte sich im Vorjahresvergleich um 2 Mio. €, bedingt vor allem durch eine niedrigere Zuführung zu den Pensionsrückstellungen. Der Aufwand für Löhne und Gehälter stieg um 18 Mio. €. Die Sachaufwendungen erhöhten sich unter anderem aufgrund höherer Kosten für Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb (+ 5 Mio. € gegenüber

dem Vorjahr). Der Aufwand für Sicherungseinrichtungen, an denen die Helaba beteiligt ist, sowie Verbandsumlagen liegen auf Vorjahresniveau bei 36 Mio. €.

Am Jahresende waren 3.127 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2008: 2.822) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl erhöhte sich von 2.792 auf 3.073. Der Anstieg liegt wesentlich in der Verschmelzung der Investitionsbank Hessen (189 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum 31. Dezember 2008) auf die Helaba begründet.

Das operative Ergebnis von 1.418 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von 611 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 807 Mio. €. Dies entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr von 363 Mio. € oder 82%.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

| | 2009 Mio. € | 2008 Mio. € | Veränderungen Mio. € | Veränderungen % |
|--|----------------|----------------|-------------------------|--------------------|
| Ergebnis des Kreditgeschäftes | -384 | -149 | -235 | -158 |
| Ergebnis des Beteiligungsgeschäftes | -62 | 10 | -72 | -720 |
| Ergebnis der Wertpapiere, der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens | -68 | -133 | 65 | 49 |
| Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis | -514 | -272 | -242 | -89 |

Bedingt durch den negativen Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Lage bei den Kunden in den wesentlichen Kerngeschäftsfeldern belief sich der Saldo der Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft auf -384 Mio. € (2008: -149 Mio. €).

Im Ergebnis des Beteiligungsgeschäftes wirken sich vor allem verschiedene Abschreibungen auf Beteiligungen sowie Aufwendungen aus der Entflechtung LB(Swiss)/LBLux aus.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip sowie Veräußerungserlösen und handelsrechtlich nach § 280 HGB gebotenen Zuschreibungen. Gegenüber dem Vorjahr ist der Ergebnisbeitrag von -133 Mio. € auf -68 Mio. € wieder relativ verbessert, hierin spiegelt sich weiterhin die Auswirkung der Finanzmarktkrise auf die Wertpapierbewertung wider. Die im Vorjahr in das Anlagevermögen umgewidmeten Schuldverschreibungen haben durch Rückzahlungen zu einem Positions-Ergebnisbeitrag von 4 Mio. € geführt.

Im Jahr 2009 wurden die Vorsorgereserven nach § 340f HGB mit 70 Mio. € dotiert. Daraus resultiert ein Betriebsergebnis nach Risikovorsorge von 223 Mio. €. Aus einem Steueraufwand von 61 Mio. € resultiert weiter ein Jahresüberschuss von 162 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Im Vergleich hierzu wurden im Vorjahr 390 Mio. € Vorsorgereserven nach § 340f HGB aufgelöst, in Verbindung mit einer Zuführung von 300 Mio. € zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) und einem Steueraufwand von 55 Mio. € ergab sich hieraus ein Jahresüberschuss von 207 Mio. €. Damit wurden die Nachrangmittel und Stillen Einlagen bedient, die Rücklagen mit 100 Mio. € dotiert und ein Bilanzgewinn ausgewiesen.

Der Überschuss im Jahr 2009 resultiert aus dem deutlich gestiegenen operativen Ergebnis, das trotz verbliebener, der Finanzmarktkrise geschuldeter, leichter Verluste im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften und im Bewertungsergebnis der Wertpapiere im Bankbuch den gestiegenen Aufwand in der Risikoversorge überwiegt. Mit der vorgesehenen Dotierung der Gewinnrücklagen stärkt die Bank ihre Kernkapitalquote weiter.

Entwicklung der Aktiva

| | 2009 Mio. € | 2008 Mio. € | Veränderungen Mio. € | Veränderungen % |
|--|----------------|----------------|-------------------------|--------------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | 21.143 | 22.314 | -1.171 | -5 |
| Forderungen an Kunden | 79.577 | 84.631 | -5.054 | -6 |
| Wertpapiere | 42.001 | 46.911 | -4.910 | -10 |
| Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen | 2.603 | 2.701 | -98 | -4 |
| Übrige Aktivbestände | 3.571 | 5.525 | -1.954 | -35 |
| Bilanzsumme | 148.895 | 162.082 | -13.187 | -8 |
| Geschäftsvolumen | 179.625 | 201.195 | -21.570 | -11 |

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2009 von 162,1 Mrd. € auf 148,9 Mrd. € gesunken. Hierzu hat neben dem Rückgang der Forderungen an Kunden und Kreditinstitute vor allem der planmäßige Abbau von Wertpapierpositionen um 4,9 Mrd. € beigetragen. Der Rückgang des Geschäftsvolumens um 21,6 Mrd. € auf 179,6 Mrd. € ist auf einen Rückgang der Eventualverbindlichkeiten um 2,2 Mrd. € sowie der anderen Verpflichtungen um 6,1 Mrd. € zurückzuführen.

Die Forderungen an Kreditinstitute – einschließlich Geldhandel – reduzierten sich um 1,2 Mrd. € auf 21,1 Mrd. €. Von diesem Forderungsvolumen entfällt rund die Hälfte beziehungsweise 10,3 Mrd. € (2008: 10,4 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen zur Verfügung gestellt wurden.

Mit einem Volumen von 79,6 Mrd. € bilden die Forderungen an Kunden die größte Position auf der Aktivseite der Bilanz. Der Rückgang um 5,1 Mrd. € ist einerseits auf ein nachfragebedingt verhalteneres Neugeschäft zurückzuführen. Die vorfällige Rückführung von Krediten sowie die Begleitung von Schuld-scheinemissionen im kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäft tragen ebenfalls zum Rückgang der bilanziellen Kundenforderungen bei. Die Forderungen aus dem Kommunalkreditgeschäft verringerten sich dabei um 1,3 Mrd. € auf 16,5 Mrd. €. Die durch Grundpfandrechte gesicherten Forderungen werden mit 9,5 Mrd. € (2008: 8,7 Mrd. €) ausgewiesen. Auf Baudarlehen der Bausparkasse entfallen 1,2 Mrd. € (2008: 1,3 Mrd. €). Die sonstigen Kundenforderungen nahmen um 4,4 Mrd. € auf 52,4 Mrd. € ab.

Das Volumen der in Wertpapieren angelegten Mittel hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 4,9 Mrd. € auf 42,0 Mrd. € reduziert. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 40,3 Mrd. € (2008: 45,3 Mrd. €) die Anleihen und Schuldverschreibungen, davon entfallen 1,2 Mrd. € auf Asset Backed Securities (2008: 1,4 Mrd. €). Der Bestand an Geldmarktpapieren liegt mit 1,0 Mrd. € leicht über dem des Vorjahres (0,8 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit 1,7 Mrd. € (2008: 1,6 Mrd. €) ausgewiesen. Vom gesamten Wertpapierbestand sind 31,0 Mrd. € dem Handelsbestand zugeordnet, 9,8 Mrd. € sind als Wertpapiere der Liquiditätsreserve designiert und 1,2 Mrd. € befinden sich im Anlagebestand. Im Anlagebestand befinden sich nur die im Vorjahr aus der Liquiditätsreserve umgewidmeten Schuldverschreibungen.

Die Veränderung im Bestand der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen durch die Entflechtung LB(Swiss)/LBLux begründet.

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft beinhaltet, sank von 201,2 Mrd. € auf 179,6 Mrd. €. Die im Geschäftsvolumen enthaltenen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien verringerten sich von 10,8 Mrd. € auf 8,6 Mrd. €. In dieser Position sind mit 2,4 Mrd. € (2008: 3,1 Mrd. €) wie Garantien behandelte Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind, enthalten.

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen verminderten sich um 6,1 Mrd. € auf 22,2 Mrd. € (2008: 28,3 Mrd. €).

Entwicklung der Passiva

| | 2009 Mio. € | 2008 Mio. € | Veränderungen Mio. € | Veränderungen % |
|--|----------------|----------------|-------------------------|--------------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 47.749 | 60.099 | - 12.350 | - 21 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 38.369 | 42.291 | - 3.922 | - 9 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 49.919 | 46.473 | 3.446 | 7 |
| Eigene Mittel | 8.866 | 8.800 | 66 | 1 |
| Übrige Passivbestände | 3.992 | 4.419 | - 427 | - 10 |
| Bilanzsumme | 148.895 | 162.082 | - 13.187 | - 8 |

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, in denen auch die internationalen Geldmarktaktivitäten enthalten sind, sind von 60,1 Mrd. € auf 47,7 Mrd. € deutlich zurückgegangen und liegen damit unter den verbrieften Verbindlichkeiten als Refinanzierungsposition der Helaba. Das Volumen der darin enthaltenen Repo-Geschäfte ging von 6,2 Mrd. € auf 2,0 Mrd. € zurück. Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sind auf 8,6 Mrd. € (2008: 11,2 Mrd. €) gesunken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gingen um 3,9 Mrd. € auf 38,4 Mrd. € zurück. Bauspareinlagen sind unverändert in Höhe von 3,2 Mrd. € enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten stiegen um 3,4 Mrd. € auf 49,9 Mrd. € an. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen beträgt 38,0 Mrd. € (2008: 39,6 Mrd. €). Die Position „Andere verbrieftete Verbindlichkeiten“, die überwiegend die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere enthält, lag bei 11,9 Mrd. € (2008: 6,9 Mrd. €).

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel (das heißt Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten) der Bank betragen zum 31. Dezember 2009 8,9 Mrd. €.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2009 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive – 447 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresanfangs – auf 8,3 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital für Solvenzzwecke in Höhe von 5,5 Mrd. €. Die dem Kernkapital zuzurechnenden stillen Einlagen betragen 3,0 Mrd. €.

Die Eigenkapitalanforderungen der Bank gemäß SolvV betragen 4,4 Mrd. € zum 31. Dezember 2009. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 14,9%; die Kernkapitalquote für Solvenz-zwecke beträgt 9,9%.

Die nach der Solvabilitätsverordnung geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2009 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Chancen- und Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung der Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken in der Helaba fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Deshalb ist das Risikomanagementsystem wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Die Helaba hat ihr Risikomanagement vor dem Hintergrund der am 14. August 2009 veröffentlichten MaRisk-Novelle überprüft, den Handlungsbedarf identifiziert und erforderliche Maßnahmen zur Anpassung von Methoden und Prozessen ergriffen. Die im Rahmen der MaRisk-Novelle durchgeführten Anpassungen beziehungsweise Ergänzungen und Verbesserungen des Risikomanagements kommen ab Anfang 2010 zur Anwendung.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Der Vorstand trägt – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochtergesellschaften werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften (Compliance) von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit dafür, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass dies eingehalten und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Auflagen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die Helaba meldet das regulatorische Kapital seit dem 1. Januar 2007 nach den Regelungen des Foundation-IRB-Ansatzes.

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängt von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die Interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Je nach Wahrscheinlichkeit und Bedeutung ihres Eintretens wird hinsichtlich der Steuerung dieser Risiken unterschieden in „wesentliche Risiken“ und „Sonstige Risiken“. Die Helaba hat folgende wesentliche Risikoarten identifiziert und definiert:

- Das Adressenausfallrisiko ist das Risiko eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners. Das Adressenausfallrisiko umschließt das Kontrahentenrisiko (Risiko aus dem klassischen Kreditgeschäft, Wiedereindeckungsrisiko sowie Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko) und das spezifische Länderrisiko.

- Das Marktpreisrisiko besteht in der Möglichkeit der negativen Wertveränderung aufgrund von unerwarteten Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter wie Zinssätzen, Aktien- und Devisenkursen sowie deren Volatilitäten.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt: Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko einer nicht ausreichenden Liquidität für die Erfüllung der täglichen Zahlungsverpflichtungen. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich, wenn aufgrund einer nicht adäquaten Steuerung der Kostenrisiken der Mittelbeschaffung und der Ertragsrisiken der Geldanlage ein unausgewogenes Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur entsteht. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Finanzinstrumenten, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können.
- Das operationelle Risiko wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Hierzu zählen auch rechtliche Risiken.
- Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden Termin-, Qualitäts-, Kosten- beziehungsweise Vermarktungsrisiken im Rahmen des Immobilienprojektentwicklungsgeschäftes gefasst, die sich bei Eintritt negativ auf den kalkulierten Deckungsbeitrag der Projektentwicklung auswirken. Hierzu gehören nicht Risiken aus Immobilienfinanzierungen.
- Unter das Fonds-Platzierungsrisiko fällt das Risiko der zu platzierenden Eigenkapitalanteile von Fonds-Projekten (geschlossene Fonds) innerhalb des Helaba-Konzerns. Hierunter fallen auch Kostenrisiken im Zusammenhang mit erhöhtem Vertriebsaufwand sowie Ertragsrisiken aus nicht erzielten Konzeptionserlösen und weitere Kosten für die Arrangierung einer zusätzlichen Finanzierung bei Nichtplatzierung des noch einzuwerbenden Eigenkapitalanteils.
- Beteiligungsrisiken (als Residualrisikoart) resultieren aus einem möglichen Rückgang des Anteilswertes, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, aus Verlustübernahmen oder aus Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen sowie aus Garantien oder Patronatserklärungen.

Über die wesentlichen Risikoarten hinaus werden unter „Sonstige Risiken“ strategische Risiken, Reputationsrisiken, steuerliche Risiken und Auslagerungsrisiken zusammengefasst.

- Das strategische Risiko stellt das Risiko dar, dass bezüglich des Geschäftsmodells und der wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor unternehmensstrategische Entscheidungen getroffen werden, die sich nachhaltig negativ auf die Ertragskraft und die Zukunftsfähigkeit der Bank auswirken.
- Das Reputationsrisiko ist das Risiko, dass durch Belastungen und Veränderungen der Reputation Handlungen der Stakeholder ausgelöst werden, die Auswirkung auf die wirtschaftliche Situation der Helaba haben.
- Steuerliche Risiken ergeben sich durch Veränderungen des Steuerrechts durch Gesetzgebung oder geänderte Rechtsprechung.
- Auslagerungsrisiken entstehen, wenn ein anderes Unternehmen mit der Wahrnehmung von Aktivitäten und Prozessen im Zusammenhang mit der Durchführung von Bankgeschäften, Finanzdienstleistungen oder sonstigen institutstypischen Dienstleistungen beauftragt wird, die ansonsten von der Helaba selbst erbracht würden.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Systeme und Prozesse wichtig. Im Rahmen des Neue Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft beziehungsweise das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfall- und Länderrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der Beteiligungs- und Immobilienprojektierungsrisiken, der Rechtsrisiken sowie der operationellen und sonstigen Risiken. Zielsetzung ist die frühestmögliche Erkennung von Risiken im Helaba-Konzern, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien. Gegenwärtig gehören dem Risikoausschuss alle Vorstandsmitglieder an.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt innerhalb des Bankbuches die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken und die Fonds-Platzierungsrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstandes beziehungsweise des Verwaltungsrates oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikocontrolling des Konzerns

Die Risiken der Beteiligungen werden unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das Risikocontrolling der Helaba einbezogen. Hierzu erfolgt eine Klassifikation der Beteiligungen in vier Kategorien:

Klasse 1:

Vollständige Integration in Berichterstattung; Bereitstellung transaktionaler oder hinreichend granularer Daten für die interne Risikoquantifizierung nach eigenen Methoden;

Klasse 2:

Integration in Berichterstattung; Bereitstellung von Risikogrößen oder aggregierten Kennzahlen auf Basis von einheitlichen Vorgaben;

Klasse 3:

Übernahme von Darstellungen und Analysen im Rahmen bestehender Risikoberichterstattungen der nachgeordneten Einheit;

Klasse 4:

Keine Einbindung, da das Risiko als nicht wesentlich eingestuft wird. Risiken werden im Rahmen des residualen Beteiligungsrisikos abgebildet.

Die Einstufung wird für jede Konzerngesellschaft und Risikoart separat vorgenommen.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

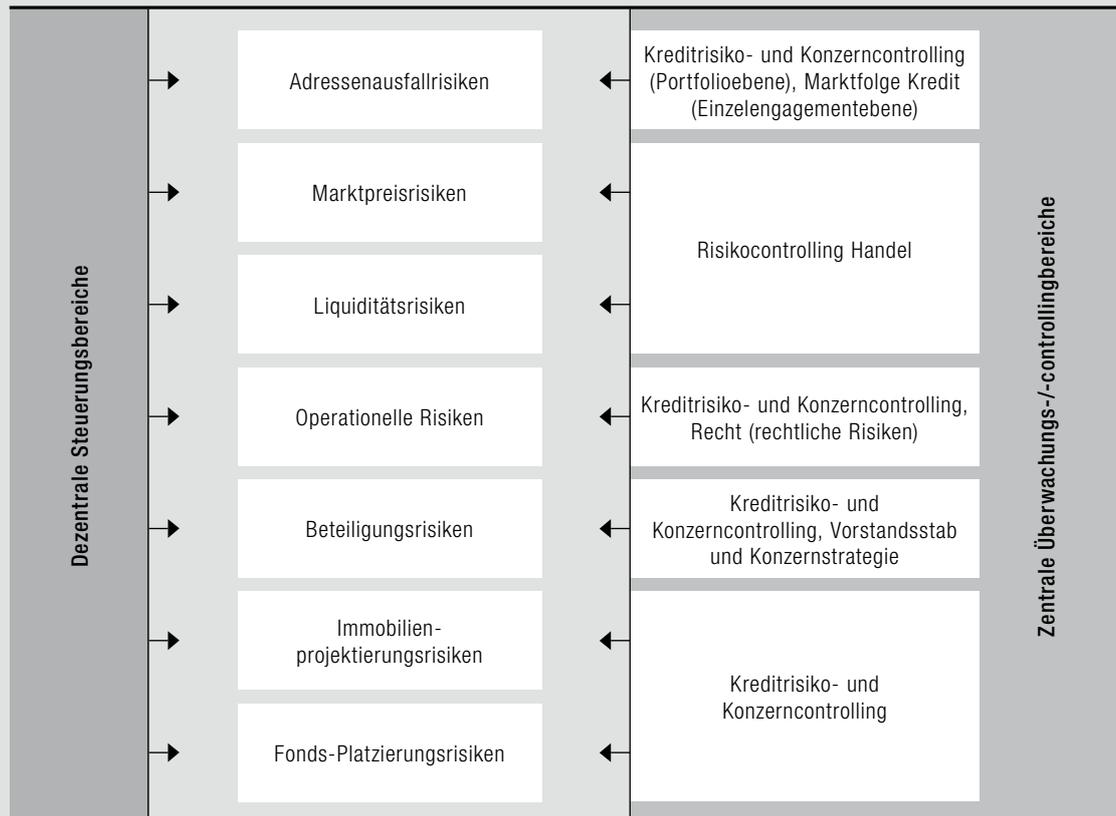
Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und -steuerung einschließlich Marktfolge Kredit ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen angestrebt.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Grafik 1 genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoüberwachungs-/-controllingbereiche

(Grafik 1)



Die wesentlichen Risikoarten aus dem Bankgeschäft, das heißt Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, werden für den engen Konzernkreis des Einzelinstituts und der Tochtergesellschaften Helaba Dublin und Frankfurter Sparkasse zentral überwacht. Ab Ende 2009 wird die vollständig übernommene LB(Swiss) in die zentrale Überwachung aller wesentlichen Risiken des engen Konzernkreises einbezogen. Zentral überwacht werden auch Immobilienprojektierungsrisiken, die vorwiegend bei der Tochter OFB, aber auch bei anderen immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen und im Einzelinstitut auftreten. Ebenso sind neben dem Einzelinstitut die wesentlichen Tochtergesellschaften in das zentrale Risikomanagementsystem für operationelle Risiken integriert. Über die Einbeziehung der wesentlichen Risiken relevanter Beteiligungen in das risikoartenspezifische Risikocontrolling hinaus erfolgt eine Berichterstattung der Beteiligungsrisiken und eine separate Quantifizierung für Beteiligungen, die nicht in die zentrale Überwachung der einzelnen Risikoarten einbezogen sind. Dadurch ist die konzernweite Risikoüberwachung gewährleistet.

Neben den in Grafik 1 genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei:

Interne Revision

Die Interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der Internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichterstattung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der Internen Revision.

Compliance, Geldwäsche und Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle, des Datenschutz- und der Konzerngeldwäschebeauftragten eingerichtet. Die Compliance-Stelle überwacht Insiderinformationen und Wohlverhaltensregeln. Sie identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit wertpapierhandelsrechtlichen Risikopotenzialen. Die Konzerngeldwäschebeauftragte, die auch für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und als Koordinationsstelle für die Betrugsbekämpfung zuständig ist, ergreift mit ihrer Group Policy entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben, mit Hilfe aktueller Gefährdungsanalysen des Konzerns (Geldwäsche, Betrugsbekämpfung) und mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software, angemessene Maßnahmen gegen Rechts- und Reputationsrisiken. Die Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze.

Diese unabhängigen Funktionen sind fachlich unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken, insbesondere auch der Reputationsrisiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass diejenigen quantifizierbaren wesentlichen Risiken, bei denen im Eintrittsfall eigenkapitalwirksame Verluste entstehen, jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Immobilienprojektierungs- und Beteiligungsrisiken ein. Diese werden jeweils in einem Normalzenario, einem gestressten Normalzenario und einem Extremszenario betrachtet.

Den Risikopotenzialen werden Deckungsmassen nach einem vierstufigen Schema gegenübergestellt. Die Deckungsmasse I wird in die Deckungsmassen Ia und Ib unterteilt. Die Deckungsmasse Ia gibt das nachhaltige Betriebsergebnis bezogen auf einen Zeitraum von einem Jahr an. In der Deckungsmasse Ib wird der Aufwand zur Bedienung der stillen Einlagen ausgewiesen. Die Deckungsmasse II besteht aus den Reserven mit Vorsorgecharakter. Dabei werden auch unterjährig festgelegte Veränderungen der Risikovorsorge berücksichtigt. Die Deckungsmassen I und II dienen zur Abdeckung der Risikopotenziale aus Normalzenario und gestresstem Normalzenario.

In der Deckungsmasse III werden alle regulatorisch nach SolvV anrechenbaren, aber nicht gebundenen Eigenmittel ausgewiesen. Die Deckungsmasse IV besteht aus den regulatorisch gebundenen Eigenmitteln zuzüglich der Buchwerte von Abzugskapitalbeteiligungen. Die Deckungsmassen III und IV werden zur Abdeckung der regulatorisch gebundenen Risikoposition beziehungsweise zur Abdeckung des zur Plausibilisierung der regulatorischen Kapitalbindung betrachteten Extremszenarios genutzt. In Summe geben beide Deckungsmassen die maximale Höhe der mit Eigenkapital zu unterlegenden Risikoposition vor, die bei gegebenen Eigenmitteln im Helaba-Konzern eingegangen werden kann, um die Mindestkapitalanforderungen nach SolvV zu erfüllen.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2009 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale gegenüber den bestehenden Risikodeckungsmassen aus. Dies dokumentiert die konservative Gesamtrisikoposition der Helaba.

Der Kapitalpuffer gegenüber den Deckungsmassen I und II beträgt im Normalszenario 1,1 Mrd. € und im gestressten Normalszenario 0,7 Mrd. €.

Die regulatorischen Risikopotenziale für den Konzern werden durch die vorhandenen und aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenmittel (Deckungsmassen III und IV) vollständig überdeckt. Es besteht ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,4 Mrd. €. Das zur Plausibilisierung des regulatorisch gebundenen Kapitals betrachtete Extremszenario zeigt einen geringeren Kapitalbedarf als regulatorisch gefordert auf. Ein unterstellter statistisch unwahrscheinlicher gleichzeitiger Eintritt der Extremszenarien in allen betrachteten Risikoarten wird mit einem Kapitalpuffer in Höhe von 4,1 Mrd. € überdeckt.

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und den Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen und die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Darüber hinaus gehören satzungsgemäß die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute. Er ist Ende 2009 mit ca. 530 Mio. € dotiert. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Für das Förderinstitut Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank), das Ende August 2009 aus der Verschmelzung der Investitionsbank Hessen auf die LTH – Bank für Infrastruktur entstanden und rechtlich als unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, gilt zudem die unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfeldes als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus den strategischen Unternehmenszielen abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die MaRisk verbindlich festgelegt wurde. In der Kreditrisikostrategie wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Kreditrisikostrategie wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kredit-Portfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt. Darüber hinaus wird der Umgang mit Adressenausfallrisiken durch detaillierte portfoliospezifische Lending Policies und unterjährige Risikobegrenzungsstrategien geregelt.

Basel II

Mit der Neuregelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung (Basel II/EU Capital Requirements Directive) wurden im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und parallel in der EU weitreichende neue Bankregulierungsvorschriften erarbeitet, die mit der SolvV in Deutschland umgesetzt und zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten sind. Die Helaba wendet seitdem den Basisansatz für interne Ratings gemäß Basel II/SolvV an. Es ist beabsichtigt, mittelfristig auf den fortgeschrittenen Ansatz für interne Ratings zu wechseln.

Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risiko-Datenpool wurden alle neuen Verfahren und Systeme in die Prozesse integriert.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Überwachung obliegt dem Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch am Eigenkapital der Bank sowie an dem der Kontrahenten (Banken- und Versicherungsengagements).

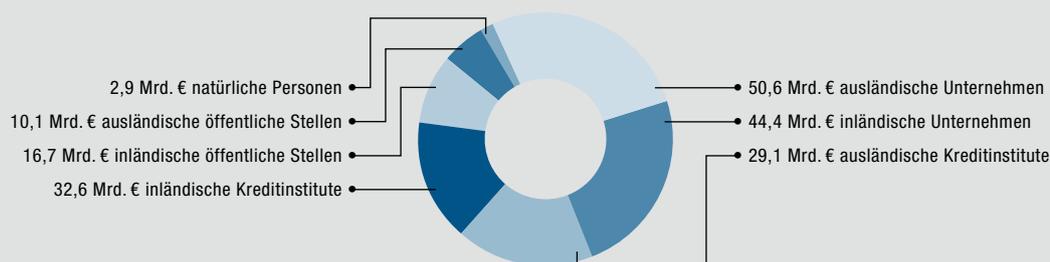
Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzern-Ebene – die so genannten Global-Lime – erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß § 19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

Die bewilligten Global-Lime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2009, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 186,4 Mrd. €, aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen

(Grafik 2)



Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Global-Limit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter „Sonstigen wirtschaftlichen Risiken“ Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer), erhaltene Bürgschaften und Garantien oder Exporteurrisiken, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

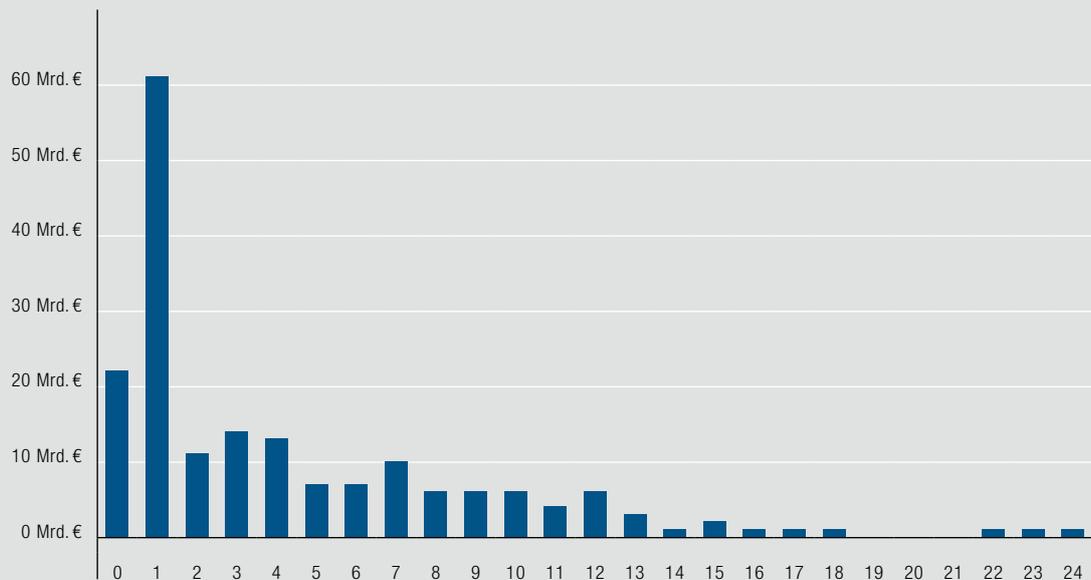
Die Helaba verfügt über gemeinsam mit dem DSGV (nationale Immobilienfinanzierungen und Firmenkunden) beziehungsweise anderen Landesbanken (internationale Immobilienfinanzierungen, Projekt-, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen, Leveraged Finance-Transaktionen, Leasingfinanzierungen, Banken, Versicherungen, Corporates, Länder- und Transferrisiken sowie internationale Gebietskörperschaften) entwickelte interne Rating-Systeme. Daneben wurde für Verbriefungen von Darlehens- und Handelsforderungen ein eigenes Einstufungsverfahren entwickelt. In diesen Rating-Verfahren werden die Kreditnehmer beziehungsweise Transaktionen einer Rating-Klasse zugeordnet, der über eine einheitliche 25-stufige Skala eine Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zugewiesen wird (Ausfall-Rating).

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäftes ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäftes (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Bank hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehaltes von Geschäftes ermöglicht wird. Das Risiko-Rating wird ebenfalls auf einer 25-stufigen Skala bestimmt und bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

In Grafik 3 ist das Gesamtkreditvolumen des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 186,4 Mrd. € nach dem Risiko-Rating aufgeteilt.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen

(Grafik 3)



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risiko-Datenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung. Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Dublin und Frankfurter Sparkasse einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals

der Helaba Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2009 belief sich auf weniger als das Dreifache der haftenden Eigenmittel.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme der Länder der Eurozone (bis auf Griechenland, Malta, Zypern, Slowenien und Slowakei) und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der Abteilung Volkswirtschaft/Research im Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Marktfolge Kredit das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den Vorstand abgibt. Der Vorstand nimmt – unter Berücksichtigung der Voten – die abschließende Risikogruppierung vor und setzt Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Das Länderrisiko des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 59,1 Mrd. € konzentriert sich regional vorwiegend auf Europa (82,7 %) und Nordamerika (14,7 %). Es ist per 31. Dezember 2009 zu 90,7 % der Länder-Rating-Klasse 0 zugeordnet. Weitere 8,0 % werden in den Rating-Klassen 1–9 generiert. Lediglich 0,2 % sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet. In den Länder-Rating-Klassen 22–24 bestehen keine Länderrisiken.

Die Zuordnung der einzelnen Länderrisikopositionen erfolgt grundsätzlich nach dem Domizilprinzip. Allerdings wird dieses Prinzip, das auf das Sitzland des Kreditnehmers abstellt, aus wirtschaftlichen Gründen modifiziert. Unter bestimmten Voraussetzungen wird das Risiko auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cash-flow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen.

Bewilligungsverfahren

Das Bewilligungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrates beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend der MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den Bereich Marktfolge Kredit.

Ergänzt wird das Verfahren durch Kredithöchstgrenzen, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klassen der Kreditnehmer/Transaktionen und Laufzeit der Geschäfte die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal jährlich zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die kalkulatorische Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risiko-Datenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form eines erwarteten Verlustes (Expected Loss) einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung erfolgt für regulatorische Zwecke auf der Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorischer LGD, für Zwecke der Steuerung werden intern geschätzte LGD verwendet. Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV vorzuhaltende Eigenkapital einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung zum Ansatz gebracht. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäftes sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. In Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit und des Kapitalanteils der Helaba werden die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen.

Die Bank betreibt im Rahmen ihrer Handelstätigkeit als wesentliche Handelsformen Kundenhandel, Eigenhandel und Fristentransformation. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut sowie Tochtergesellschaft Helaba Dublin) liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung des Bankbuches, das sich in erster Linie aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie strategischen Positionsnahmen und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammensetzt. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passiv-

steuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen. Die Marktpreisrisiken der Kreditbereiche werden durch interne Preisquotierungen auf den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung übertragen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrates eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Vorstand über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. In den Handelsbereichen werden ferner Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme trägt wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produktes setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests und Sensitivitätsanalysen ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit

zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 4 enthält eine Stichtagsbetrachtung der insgesamt eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolien) zum Jahresultimo 2009 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Für das Gesamtportfolio des Konzerns (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und LB(Swiss)) entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 54 % auf Positionen in Euro und 35 % auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken und Britischen Pfund.

Konzern-MaR nach Risikoarten zum Jahresultimo

(Grafik 4)

| in Mio. € | Gesamtrisiko | Zinsänderungsrisiko | Währungsrisiko | Aktienrisiko |
|-------------|--------------|---------------------|----------------|--------------|
| Gesamt | 71,8 | 64,4 | 1,5 | 5,9 |
| Handelsbuch | 28,2 | 25,0 | 0,8 | 2,4 |
| Bankbuch | 57,6 | 51,8 | 1,0 | 4,8 |

Nahezu allen Risikomesssystemen liegt ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz zugrunde. Die einzige Ausnahme bildet die Ermittlung der optionsspezifischen Risiken im Zinsbereich, deren Messung auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation erfolgt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der Risikomesssysteme sowie der zugehörigen Schnittstellen gewährleistet eine permanent hohe Qualität der Risikomessung. Auch eine intensive Marktdatenpflege sowie die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes Internes Modell gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap-, Government- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich Rating-abhängige Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstages und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 5 ist das MaR des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) für das Geschäftsjahr 2009 dargestellt. Ursächlich für die im Vergleich zum Vorjahr höheren MaR-Beträge sind im Wesentlichen die weiterhin sehr hohen Volatilitäten im Nachgang der Insolvenz von Lehman Brothers.

Tägliches MaR des Handelsbuches im Geschäftsjahr 2009

(Grafik 5)



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft in Dublin, die LB(Swiss) und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 6 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2009

Anzahl Handelstage: 251

(Grafik 6)

| | 1. Quartal 2009 | 2. Quartal 2009 | 3. Quartal 2009 | 4. Quartal 2009 | Gesamt 2009 |
|---------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| | Ø MaR (in Mio. €) |
| Zinsänderungsrisiko | 33,1 | 33,2 | 26,9 | 25,0 | 29,5 |
| Währungsrisiko | 1,0 | 0,9 | 1,0 | 1,6 | 1,2 |
| Aktienrisiko | 0,5 | 0,7 | 1,4 | 2,9 | 1,4 |
| Gesamtrisiko | 34,6 | 34,8 | 29,3 | 29,6 | 32,0 |

Backtesting

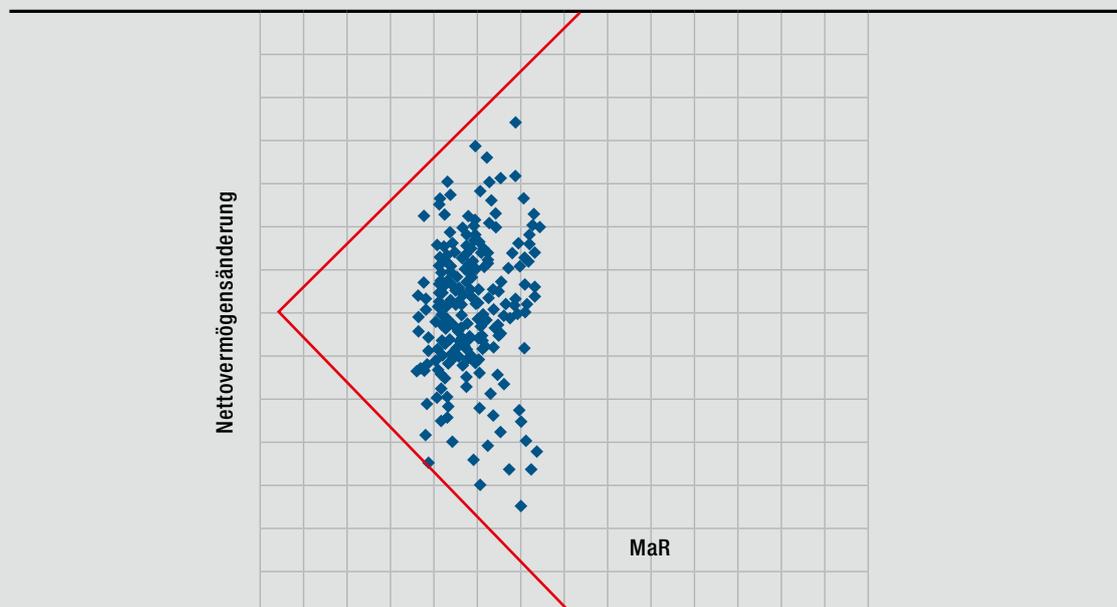
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Risikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99%-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung

gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 7 ist das Backtesting für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2009 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf.

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2009

(Grafik 7)



Im Internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2009 keine negativen Ausreißer auf.

Stresstests

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität). Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spreadänderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des FSAP (Financial Sector Assessment Program) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Risiko-

artenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Zinsänderungsrisiken im Bankbuch der Helaba setzen sich aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie den strategischen Positionsnahmen des Dispositionsausschusses und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammen. Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil der Eigenkapitalanforderungen nach Basel II. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Bei der Umsetzung in nationales Recht gibt die deutsche Bankenaufsicht einen Anstieg der Zinskurve um 130 Basispunkte beziehungsweise eine Senkung um 190 Basispunkte vor. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2009 zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 19,4 Mio. € führen. Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität beziehungsweise der Refinanzierung besitzt für die Helaba erste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung und Steuerung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2009 jederzeit gesichert.

Die Frankfurter Sparkasse ist Bestandteil der gruppenweiten Liquiditätssteuerung. Im Rahmen zentraler Konzernvorgaben steuert die Frankfurter Sparkasse ihre Liquidität eigenständig und meldet ihre Liquiditätsreports regelmäßig an das zentrale Liquiditätscontrolling.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäftes unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten (Collateral-Management) erfolgt ebenfalls durch die Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stressszenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stressszenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Für extreme Marktsituationen sind zudem Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Die Gelddisposition beziehungsweise die Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper), Lombardfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie durch einen möglichst liquiden Wertpapierhandelsbestand. Neben der Liquiditätssicherung dient der Wertpapierhandelsbestand auch der Erzielung von Erträgen durch Repo- und Arbitrageaktivitäten. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität, im Wesentlichen in Form von freien Collaterals, gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Szenarien abgebildet und auf 30 Tage limitiert werden. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz beträgt zum Bilanzstichtag 56 % (bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 63 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2009 bei 46 %. Limitüberziehungen liegen im gesamten Berichtszeitraum nicht vor.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2009 immer voll erfüllt. Die Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung beträgt zum Bilanzstichtag 1,50 (Mindestgröße 1,00).

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäftes der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsbestandes und des Investmentportfolios sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cash-flow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Schnittstellen zum Geldhandel ergeben sich, wenn Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt werden.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht

und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet wurde, als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 0,9 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Rückgang um 0,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft betrug der Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien zum Jahresende 0,02 Mrd. USD (2008: 0,6 Mrd. USD).

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet. Durch die Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten konnten auch 2009 in verschiedenen Marktsegmenten Störungen der Marktliquidität beobachtet werden.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Einflüssen eintreten“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Fachbereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbandes öffentlicher Banken (VÖB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit ist die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System

zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

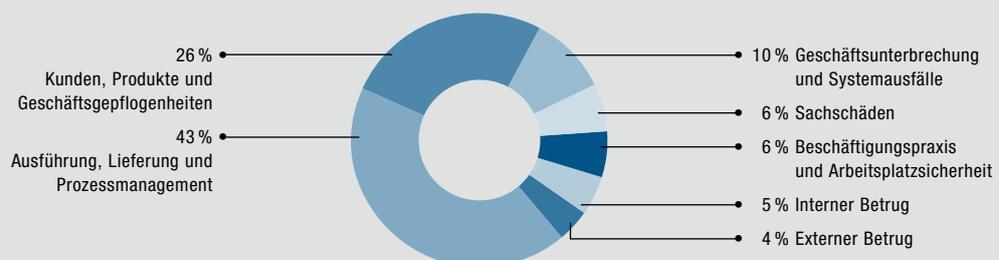
Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Fachbereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 8 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2009:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2009 nach Verlustereignissen

(Grafik 8)



Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Zumeldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung von operationellen Risiken für die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung gemäß der SolvV erfolgt nach dem Standardansatz. Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung auf Basis der erhobenen Schadensfalldaten sowie der quantitativen Risikoeinschätzung der Fachbereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Bankorganisation unterstützt.

IT-Sicherheit und Ausfallplanung

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein den aufsichtsrechtlichen Anforderungen angemessenes internes Kontrollverfahren sowie angemessene Vorkehrungen für den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Durch ein IT-Security-Audit werden aufsichtsrechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit kontinuierlich an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht oder verbessert.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards verfolgen das Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und verfolgt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche der Helaba haben für ihre kritischen Geschäftsaktivitäten prozessbasierte Ausfallpläne dokumentiert, die einer kontinuierlichen Weiterentwicklung sowie regelmäßigen Tests unterliegen. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebes in Ausfallsituationen wird dadurch ermöglicht.

Für den auf die Finanz Informatik Technologie Service (vormals IZB Informatik-Zentrum) ausgelagerten Rechenzentrumsbetrieb bestehen – auch dezentrale Systeme betreffende – Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebes beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba und der Finanz Informatik Technologie Service getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligte am Rechnungslegungsprozess der Helaba sind einerseits einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale Teilabschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS sowie die WIBank. Im Bereich Bilanzen und Steuern in der Zentrale der Bank wird andererseits aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Abschluss der Bank (HGB) sowie der Konzernabschluss (IFRS) erstellt. In der Zentrale werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation,
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess beinhaltet unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereiches Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine offene Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeiter die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GOB/GOBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Bank primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis und weitere).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Mit diesen werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder Konsistenzprüfungen HGB/IFRS durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. In bereichsübergreifenden und bereichsspezifischen Arbeitsanweisungen werden in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres in sich auf Plausibilität geprüft, daneben werden die Abschlusszahlen mit Planungen und mit Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereiches Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Nach dem Grundverständnis der Bank werden wesentliche Vorhaben von rechtlicher Relevanz mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls im Bereich Recht; je nach Fachgebiet existieren auch dazu allgemeine Vorgaben, verbunden mit einer Pflicht zur Abstimmung in zweifelhaften und grundlegenden Fällen.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo solche Erklärungen von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt auch für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang – mittelbar – zwei Klagen gegen die EU-Kommission vor dem Gerichtshof erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (EuGH), der die Bank als Streithelfer beigetreten ist. Sie betreffen die stillen Einlagen des Landes Hessen (Sondervermögen Wohnungsbauförderung und Zukunftsinvestitionen, 1998, sowie Hessischer Investitionsfonds, 2005), deren Vergütung die EU-Kommission als beihilferechtlich ordnungsgemäß gewertet hatte. Der Bundesverband deutscher Banken hat beide Kommissionsentscheidungen angegriffen. Im September 2008 fand für beide Verfahren die mündliche Verhandlung beim EuGH statt. Die Urteile des Gerichts sollen am 3. März 2010 verkündet werden.

Die interne Berichterstattung des Bereiches Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch die Mitwirkung an Vorstandsvorlagen, Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Immobilienprojektierungsrisiken

Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden die Risiken aus Projektentwicklungen von Immobilien gefasst, die sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken ergeben.

Immobilienprojektierungsrisiken treten vorrangig in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträgersgeschäftes) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf mehreren Stufen:

- Operative Steuerung – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung.
- Strategische Steuerung – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement.

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die operative und strategische Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument dient die viermal jährlich erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben.

Der Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes.

Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Fonds-Platzierungsrisiken

Unter das Fonds-Platzierungsrisiko im weiteren Sinne fällt das gesamte Volumen der zu platzierenden Eigenkapitalanteile von Fonds-Projekten (geschlossene Fonds). Fonds-Platzierungsrisiken werden überwiegend in der Konzerngesellschaft HANNOVER LEASING KG beziehungsweise durch deren Tochtergesellschaften eingegangen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung wird auf die separate Ermittlung von Risikopotenzialen aus Fonds-Platzierungsrisiken verzichtet. Da die Helaba grundsätzlich die Eigenkapitalzwischenfinanzierung von Fonds während der Platzierungsphase bereitstellt und damit das Risiko einer Nichtplatzierung de facto eingeht, werden die Risikopotenziale bereits im Rahmen des Adressenausfallrisikos der Eigenkapitalzwischenfinanzierung in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Die Steuerung der Risiken aus Platzierungsverpflichtungen erfolgt anhand von Limiten für das Gesamtportfolio und einzelne Asset-Klassen. Im Berichtszeitraum kam es zu keinen Limitüberschreitungen.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungskategorie Beteiligungen zugeordnet werden.

Die Risikobeurteilung erfolgt auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Daneben wird der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung im Hinblick auf die Werthaltigkeit des gehaltenen Anteils anhand bestimmter Kriterien klassifiziert. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstandes und den Verwaltungsrat-Kreditausschuss berichtet.

Sonstige Risiken

Strategische Risiken

Die Landesbank Hessen-Thüringen gehört zu denjenigen deutschen Kreditinstituten, die aus eigener Kraft ohne Inanspruchnahme staatlicher Stützungs- und Stabilisierungsmaßnahmen die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigt haben. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba in den letzten Jahren sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweite auf Zukunftsfähigkeit angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region und dem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapitalausstattung.

Mit Ratings von „Aa2“, „A+“ und „A“ der Rating-Agenturen Moody's Investors Service, FitchRatings und Standard & Poor's für unbesicherte langfristige Verbindlichkeiten sowie „P-1“, „F-1+“ und „A-1“ für kurzfristige Verbindlichkeiten verfügt die Helaba unverändert über eine gute Bonitätsbeurteilung. Die öffentlichen Pfandbriefe und Hypothekendarlehen, die strategisch wichtigen verbrieften Refinanzierungsinstrumente, sind mit „AAA“-Ratings versehen. Seit Mitte 2005, nach Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, sind die Ratings der Helaba für unbesicherte Verbindlichkeiten bei allen drei Rating-Agenturen unverändert. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren stand der Helaba auch während der Finanzmarktkrise der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen.

In ihrer Eigenkapitalstrategie hat die Helaba im Zuge der Finanzmarktkrise ihre Ziele für die Eigenkapitalausstattung an veränderte Rahmenbedingungen und Erwartungshaltungen im Markt angepasst. Für die Kernkapitalquote wird konzernweit ein Mindestziel von 7,5–8 %, für die gesamte Eigenmittelquote von 12 % angestrebt. Mit einer Kernkapitalquote von 8,8 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 13,5 % zum Jahresende 2009 wurden diese Zielwerte konzernweit übertroffen.

International haben der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure sowie auf EU-Ebene CEBS Ende 2009 Vorschläge für neue aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten vorgelegt. Diese beziehen sich auf die Qualität und die Quantität der vorzuhaltenden Eigenkapitalien. Konkrete aufsichtsrechtliche Festlegungen sowie die Definition von Übergangsregelungen sollen im Jahr 2010 nach Auswertung der Ergebnisse einer Auswirkungsstudie getroffen werden. Als

öffentlich-rechtliches, nicht börsennotiertes Kreditinstitut wird sich die Helaba in enger Abstimmung mit ihren Trägern frühzeitig auf das neue aufsichtsrechtliche Umfeld einstellen.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor – befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Im Zuge dieser Prozesse werden Bilanzsummen, Risikoaktiva und Beschäftigtenzahlen deutlich reduziert, zahlreiche Standorte im In- und Ausland geschlossen sowie wesentliche Beteiligungen im Banken- und Nichtbankenbereich veräußert. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen. Für die vom deutschen Gesetzgeber Mitte 2009 geschaffene Möglichkeit der Auslagerung von Wertpapieren und sonstigen nicht strategischen Geschäftsbeständen auf Abwicklungsanstalten unter dem Dach des staatlichen Sondervermögens Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) haben bislang zwei Kreditinstitute Anträge gestellt.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandgeschäftes, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft.

Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich zukunftsgerichteten Konsolidierungsbemühungen im Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber. Für ausschließlich im Großkundengeschäft tätige Kreditinstitute, auch im Rahmen funktionaler Holdingstrukturen, wird allerdings auch auf Dauer keine wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsbasis gesehen. In enger Abstimmung mit ihren drei Trägern ist die Helaba unverändert für strategische Ansätze offen, die betriebswirtschaftlich zu einer weiteren Stärkung der Marktposition in ihren Kerngeschäftsfeldern sowie dem zukunftsfähigen Ausbau als integrierte Universalbank dienen.

Reputationsrisiken

Reputationsrisiken, die sich durch direkte und indirekte Verluste oder entgangene Gewinne infolge einer Verschlechterung der Reputation der Helaba auswirken können, werden von allen Fachbereichen berücksichtigt. Drohende Reputationsrisiken werden bei Identifikation umgehend dem Risikoausschuss berichtet.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank und ihrer Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung direkt wahrgenommen oder fachlich begleitet. Im Bedarfsfall werden externe Beratungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden getroffen und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Auslagerungsrisiken

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Fachbereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Auslagerungsrisiken die für die Auslagerung

verantwortliche Stelle auf Basis von Reportings für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2009 nicht ereignet.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Dank extrem expansiver Geldpolitik sowie umfangreicher Konjunkturpakete setzte die Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr 2009 zu einer konjunkturellen Erholung an. Die Rezession in den USA und im Euroraum ist überwunden. Der beginnende Aufschwung wird durch einen Lagerzyklus und den Nachholbedarf der Unternehmen nach einer starken Investitionszurückhaltung verstärkt. Mit dem Anspringen des Investitionszyklus entspannt sich wiederum die Lage am Arbeitsmarkt. Das globale Wachstum wird 2010 preisbereinigt bei rund 3,5 % liegen. Für die USA zeichnet sich 2010 ein BIP-Wachstum von rund 3 % ab. Die Eurozone wird voraussichtlich eine reale Wachstumsrate von 1,5 % erreichen. In den USA dürften der Schuldenabbau sowie eine höhere Ersparnis den Konsumausgaben Grenzen setzen. Im Euroraum treten die Unterschiede der Mitgliedsländer nach Jahren der Konvergenz wieder stärker zu Tage. So werden insbesondere die Mittelmeeranrainer aufgrund ihrer Strukturprobleme nicht annähernd an die deutschen Wachstumsraten heranreichen können.

Obwohl sich die US-Wirtschaft ebenso wie die Eurozone wieder auf einem Wachstumskurs befindet, dämpft vorerst noch die hohe Unterauslastung der Produktionskapazitäten die Kernteuerungsraten (ohne Lebensmittel und Energie). Bevor sich der Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen spürbar vergrößert, wird noch etwas Zeit vergehen. Allerdings wird die Gesamtteuerung aufgrund von Basis-effekten sowie des anziehenden Ölpreises 2010 wieder im positiven Bereich liegen. In den USA wird auf Jahressicht ein Anstieg der Verbraucherpreise um 2 %, im Euroraum um gut 1,5 % erwartet.

Es wird erwartet, dass international die US-Notenbank Federal Reserve als Erste im Laufe dieses Jahres ihre Nullzinspolitik sukzessive zurücknehmen wird. Bei zunehmender Festigung der konjunkturellen Lage wird ein Krisenzins nahe 0 % nicht mehr angemessen sein. Die Europäische Zentralbank wird erst nach der US-Federal Reserve eine geldpolitische Wende einleiten.

Die Kapitalmarktentwicklung wird 2010 vom Wechsel zwischen zyklischen Chancen und strukturellen Risiken geprägt sein. Aktien-, Renten- und Devisenmärkte dürften dementsprechend von diesen Wechseln bestimmt sein und einer hohen Volatilität unterliegen. Die Schuldenkrise in einigen Ländern der Eurozone belastet zu Jahresanfang 2010 den Euro.

Der europäische Rentenmarkt stand zu Jahresbeginn 2010 im Zeichen der Strukturprobleme einiger Länder im Euroraum. Die Risikoaufschläge (Spreads) am Rentenmarkt weiteten sich aus, zehnjährige Bundesanleihen waren gesucht, während die Staatsanleihen der Mittelmeeranrainer und Irlands unter Abgabedruck gerieten. Mit einer Einengung dieser Spreads ist erst zu rechnen, wenn die Risikoaversion an den Märkten sich wieder zurückbildet.

Als Folge der Finanzkrise hat sich das Trendwachstum in den USA und im Euroraum verlangsamt. Für 2011 zeichnet sich somit wieder eine schwächere Wachstumsdynamik in beiden Wirtschaftsräumen ab. Insbesondere im Euroraum dürfte die Fiskalpolitik einen spürbaren Konsolidierungskurs einlegen. Die EZB wird diesen Konsolidierungskurs mit ihrer Geldpolitik flankieren.

Weiterentwicklung des strategischen Geschäftsmodells

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Im Zuge dieser Prozesse werden Bilanzsummen, Risikoaktiva und Beschäftigtenzahlen deutlich reduziert, zahlreiche Standorte im In- und Ausland geschlossen sowie wesentliche Beteiligungen im Banken- und Nichtban-

kenbereich veräußert. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

International haben der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure sowie auf EU-Ebene CEBS Ende 2009 Vorschläge für neue aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten vorgelegt. Diese beziehen sich auf die Qualität und die Quantität der vorzuhaltenden Eigenkapitalien. Konkrete aufsichtsrechtliche Festlegungen sowie die Definition von Übergangsregelungen sollen im Jahr 2010 nach Auswertung der Ergebnisse einer Auswirkungsstudie getroffen werden. Mit den wesentlichen Umsetzungsmaßnahmen ist ab 2011 zu rechnen. Je nach Ausgestaltung und Dauer der zeitlichen Übergangsphasen werden die neuen internationalen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen erheblichen Einfluss auf die Geschäftsstruktur und Rentabilität an den Bankenmärkten haben. Als öffentlich-rechtliches, nicht börsennotiertes Kreditinstitut wird sich die Helaba in enger Abstimmung mit ihren Trägern frühzeitig auf das neue aufsichtsrechtliche Umfeld einstellen. Die Hessische Landesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm von Mitte Februar 2009 ihre Bereitschaft erklärt, zur weiteren Stärkung der Kernkapitalbasis der Helaba Mittel aus dem bei einer Klarstellungsvereinbarung zum Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen“ Ende 2008 ermittelten Ausgleichsbetrag als Eigenmittel der Bank zuzuführen.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der guten Marktpositionierung sieht die Helaba auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen und in angrenzenden Regionen, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und Produktpalette im Großkundengeschäft. Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich Konsolidierungsbemühungen im deutschen Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber. Für ausschließlich im Wholesale-Geschäft tätige Kreditinstitute, beispielsweise auch im Rahmen funktionaler Holdingstrukturen, wird allerdings auch auf Dauer keine wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsbasis gesehen. In enger Abstimmung mit ihren drei Trägern ist die Helaba deshalb grundsätzlich für strategische Ansätze offen, die zu einer weiteren Stärkung der Marktposition in ihren Kerngeschäftsfeldern sowie dem zukunftsfähigen Ausbau als Universalbank dienen.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Die immer noch andauernde Finanzmarktkrise bestimmt weiterhin die Rahmenbedingungen an den Märkten. Für 2010 erwartet die Helaba dennoch eine weitere Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau des Vorjahres. Der Zinsüberschuss wird voraussichtlich ungefähr 1 Mrd. € betragen. Die Risikovorsorge wird auch 2010 noch auf einem hohen Niveau liegen, da sich auch in diesem Jahr weitere Ausfälle und Bonitätsverschlechterungen infolge der Krise niederschlagen werden.

Im Neugeschäft wird die Helaba Marktopportunitäten wie im Vorjahr selektiv nutzen. Im Jahr 2010 wird das mittel- und langfristige Neugeschäft auf ca. 11 Mrd. € begrenzt. Die wesentlichen Ergebnisbeiträge werden wieder in den Geschäftsfeldern Immobilien und Corporate Finance erwirtschaftet. In diesen Geschäftsfeldern wurden leichte Bestandsvolumenzuwächse geplant. Im Geschäftsfeld Financial Institutions and Public Finance wird ein rückläufiges Bestandsvolumen auf Basis einer Portfoliooptimierung geplant. Die Margen werden aufgrund der wieder funktionierenden Kapitalmärkte gegenüber den erzielbaren Margen 2009 insgesamt niedriger erwartet.

Für das Kapitalmarktgeschäft wird für 2010 mit einem Ergebnis auf Normalniveau gerechnet. Die Überschreitung dieses Niveaus ist möglich und hängt wesentlich von der Höhe der Wertaufholungseffekte ab, die sich auch 2010 als Ergebnis der andauernden Marktnormalisierungen im Nachlauf der Finanzmarktkrise zeigen werden. Die Bestände des Handelsbuches werden reduziert und die Risikoaktiva strikt begrenzt.

Im Asset Management wird vom Anziehen des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäftes ausgegangen. Dies wird sich in einer Steigerung des Provisionsüberschusses niederschlagen.

In der Sparte „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen in Hessen und Thüringen im Rahmen des „Neuen Verbundkonzeptes“ kontinuierlich fortgesetzt. Die Verbundzusammenarbeit erfolgt weiterhin auf hohem Niveau und wird 2010 über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter gestärkt. Auch bundesweit wird die bei zahlreichen Verbundprodukten bestehende gute Marktposition als Verbundpartner im Eigen- und Kundengeschäft der Sparkassen weiter ausgebaut mit der Zielsetzung, die Helaba, auch unter Einbindung ihrer Tochtergesellschaften Helaba Invest und LB(Swiss), zu einem bevorzugten Verbundpartner fortzuentwickeln.

In der Unternehmenssparte „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ ist 2009 mit der Gründung der WIBank ein strategischer Schritt vollzogen worden. Die Stärkung des Geschäftsmodells geht mit einem steigenden Ergebnisbeitrag 2010 einher.

Der Sachaufwand wird 2010 auf dem Niveau des Vorjahres bleiben. Für den Personalbestand der Helaba ist keine Veränderung gegenüber 2009 vorgesehen.

Für 2011 wird von der Fortsetzung des Trends auf dem Niveau des Jahres 2010 ausgegangen. Dabei werden die Wertaufholungseffekte mit hoher Wahrscheinlichkeit geringer als 2010 ausfallen. Weiterhin ist ab 2011 mit einer rückläufigen Risikoversorge zu rechnen.

Gesamtaussage

Wie bereits in den Vorjahren hat sich auch im Geschäftsjahr 2009 gezeigt, dass trotz sehr volatiler Märkte das diversifizierte Geschäftsmodell der Helaba als integrierte Universalbank mit den drei Sparten „Großkundengeschäft und Investmentbanking“, „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ und „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ eine solide Grundlage für stabile Erträge mit Wachstumspotenzial darstellt. Das konjunkturbedingt hohe Niveau der Risikoversorge im Kreditgeschäft kann durch noch vorhandene Wertaufholungspotenziale im Wertpapierbestand und eine Verbesserung der operativen Ergebnisqualität, die durch eine strategische Fokussierung in den Kerngeschäftsfeldern unterstützt wird, kompensiert werden. Die sich abzeichnenden neuen internationalen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen bleiben eine Herausforderung für Banken und die Gesamtwirtschaft im Hinblick auf Ertragsmöglichkeiten, internationale Konkurrenzfähigkeit und Kreditversorgung.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der guten Marktpositionierung sieht die Helaba auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen und in angrenzenden Regionen, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und Produktpalette im Großkundengeschäft. Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich Konsolidierungsbemühungen im deutschen Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2010

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

| | | | |
|---------|---------|-------------|--------------|
| Brenner | Berger | Gröb | Dr. Hosemann |
| Krick | Raupach | Dr. Schraad | |

JAHRESABSCHLUSS DER LANDESBANK HESSEN-THÜRINGEN

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen

Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

zum 31. Dezember 2009

AKTIVSEITE

| | siehe Anhang Ziffer | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | 2008 Tsd. € |
|--|---------------------------|------------|------------|------------|-------------|----------------------------|
| Barreserve | | | | | | |
| a) Kassenbestand | | | | 3.084 | | 2.581 |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | | | | 269.295 | | 451.025 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | | 269.246 | | | 272.379 | 453.606 (450.974) |
| Forderungen an Kreditinstitute | (2), (29) | | | | | |
| a) täglich fällig | | | | 4.292.167 | | 3.990.670 |
| b) andere Forderungen | | | | 16.851.010 | | 18.323.865 |
| darunter Baudarlehen der Bausparkasse: Bauspardarlehen | | 5 | | | 21.143.177 | 22.314.535 (113) |
| Forderungen an Kunden | (3), (29) | | | | 79.577.127 | 84.630.817 |
| darunter: | | | | | | |
| durch Grundpfandrechte gesichert | | 9.537.923 | | | | (8.734.890) |
| Kommunalkredite | | 16.483.328 | | | | (17.740.165) |
| Baudarlehen der Bausparkasse | | | | | | |
| aus Zuteilungen (Bauspardarlehen) | | 727.606 | | | | (766.782) |
| zur Vor- und Zwischenfinanzierung | | 489.922 | | | | (546.507) |
| sonstige | | 7.997 | | | | (8.624) |
| darunter: durch Grundpfandrechte gesichert | | 928.755 | | | | (995.721) |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | (4) | | | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | | | | – | | 128.634 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | | – | | | | (128.633) |
| ab) von anderen Emittenten | | | 1.022.064 | 1.022.064 | | 656.714 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | | – | | | | (136.439) |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | | | 2.819.277 | | | 2.331.104 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | | 2.726.981 | | | | (2.330.569) |
| bb) von anderen Emittenten | | | 35.338.369 | | | 40.933.414 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | | 31.029.606 | | 38.157.646 | | 43.264.518 (35.760.000) |
| c) eigene Schuldverschreibungen | | | | 1.144.115 | | 1.271.793 |
| Nennbetrag | | 1.128.762 | | | 40.323.825 | 45.321.659 (1.273.519) |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | (5) | | | | 1.677.395 | 1.587.717 |
| Übertrag: | | | | | 142.993.903 | 154.308.334 |

PASSIVSEITE

| | siehe Anhang Ziffer | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | 2008 Tsd. € |
|---|---------------------------|------------|------------|------------|-------------|---------------------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | (14), (17) | | | | | |
| a) täglich fällig | | | | 3.215.844 | | 5.554.365 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | | | 44.515.080 | | 54.539.586 |
| c) Bauspareinlagen | | | | 17.834 | | 5.243 |
| darunter: auf zugeteilte Verträge | | 4.679 | | | | (4.586) |
| | | | | | 47.748.758 | 60.099.194 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | (18) | | | | | |
| a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen | | | | | | |
| aa) Bauspareinlagen | | | 3.216.954 | | | 3.167.143 |
| darunter: auf gekündigte Verträge | | 43.581 | | | | (55.511) |
| auf zugeteilte Verträge | | 88.316 | | | | (81.997) |
| ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | | | | – | | 393 |
| ac) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | | | | – | | – |
| | | | | 3.216.954 | | 3.167.536 |
| b) andere Verbindlichkeiten | | | | | | |
| ba) täglich fällig | | | 6.611.475 | | | 6.518.267 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | | 28.540.729 | | | 32.605.564 |
| | | | | 35.152.204 | | 39.123.831 |
| | | | | | 38.369.158 | 42.291.367 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | (19), (29) | | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | | | 38.007.482 | | 39.599.579 |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | | | | 11.911.676 | | 6.873.639 |
| darunter: Geldmarktpapiere | | 11.911.676 | | | 49.919.158 | 46.473.218 (6.873.639) |
| Treuhandverbindlichkeiten | (20) | | | | 967.996 | 977.510 |
| darunter: Treuhandkredite | | 699.587 | | | | (725.400) |
| Sonstige Verbindlichkeiten | (21) | | | | 1.475.904 | 2.124.330 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | (22) | | | | 305.311 | 302.913 |
| Übertrag: | | | | | 138.786.285 | 152.268.532 |

AKTIVSEITE

| | siehe Anhang Ziffer | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | 2008 Tsd. € |
|---|---------------------------|---------|--------|--------|-------------|----------------|
| Übertrag: | | | | | 142.993.903 | 154.308.334 |
| Beteiligungen | (6), (16), (41) | | | | 559.965 | 807.352 |
| darunter: | | | | | | |
| an Kreditinstituten | | 98.864 | | | | (325.201) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | | 31 | | | | (31) |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | (7), (16), (41) | | | | 2.042.951 | 1.893.755 |
| darunter: | | | | | | |
| an Kreditinstituten | | 985.744 | | | | (856.119) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | | 65.945 | | | | (6.073) |
| Treuhandvermögen | (8) | | | | 967.996 | 977.510 |
| darunter: | | | | | | |
| Treuhandkredite | | 699.587 | | | | (725.400) |
| Immaterielle Anlagewerte | (9), (16) | | | | 18.491 | 14.315 |
| Sachanlagen | (10), (16) | | | | 49.576 | 52.262 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | (11) | | | | 2.053.068 | 3.797.600 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | (12) | | | | 209.330 | 230.400 |
| Summe der Aktiva | | | | | 148.895.280 | 162.081.528 |

PASSIVSEITE

| | siehe Anhang Ziffer | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | 2008 Tsd. € |
|--|---------------------------|--------|-----------|------------|-------------|----------------|
| Übertrag: | | | | | 138.786.285 | 152.268.532 |
| Rückstellungen | (23) | | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | | | 496.916 | | 497.799 |
| b) Steuerrückstellungen | | | | 109.156 | | 113.130 |
| c) andere Rückstellungen | | | | 613.560 | | 378.536 |
| | | | | | 1.219.632 | 989.465 |
| Fonds zur bauspartechnischen Absicherung | | | | | 9.020 | 9.020 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | (24) | | | | 2.338.448 | 2.343.610 |
| Genussrechtskapital | (26) | | | | 741.591 | 741.591 |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig | | – | | | – | (–) |
| Fonds für allgemeine Bankrisiken | (26) | | | | 425.256 | 425.000 |
| Eigenkapital | (26) | | | | | |
| a) gezeichnetes Kapital | | | | | | |
| aa) Stammkapital | | | 477.000 | | | 477.000 |
| ab) Einlagen stiller Gesellschafter | | | 2.973.337 | | | 2.973.337 |
| | | | | 3.450.337 | | 3.450.337 |
| b) Kapitalrücklage | | | | 658.301 | | 642.563 |
| c) Gewinnrücklagen | | | | 1.252.100 | | 1.197.100 |
| d) Bilanzgewinn | | | | 14.310 | | 14.310 |
| | | | | | 5.375.048 | 5.304.310 |
| Summe der Passiva | | | | | 148.895.280 | 162.081.528 |
| Eventualverbindlichkeiten | (14), (27) | | | | | |
| Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | | | | 8.559.686 | 10.778.845 |
| Andere Verpflichtungen | (28) | | | | | |
| a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | | | | 3.002.777 | | 3.296.165 |
| b) Unwiderrufliche Kreditzusagen | | | | 19.167.360 | | 25.038.307 |
| | | | | | 22.170.137 | 28.334.472 |

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

| | siehe Anhang Ziffer | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | 2008 Tsd. € |
|---|---------------------------|--------|-----------|-----------|-----------|----------------|
| Zinserträge aus | (31) | | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | | | 4.502.442 | | | 5.248.512 |
| darunter Zinserträge der Bausparkasse: | | | | | | |
| aus Bauspardarlehen | | 35.205 | | | | (36.208) |
| aus Vor- und Zwischen- finanzierungskrediten | | 26.271 | | | | (29.057) |
| aus sonstigen Baudarlehen | | 400 | | | | (459) |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | | | 1.020.704 | | | 2.150.307 |
| | | | | 5.523.146 | | 7.398.819 |
| Zinsaufwendungen | | | | 4.410.889 | | 6.609.826 |
| darunter: für Bauspareinlagen | | 74.478 | | | | (78.391) |
| | | | | | 1.112.257 | 788.993 |
| Laufende Erträge aus | (31) | | | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | | | 3.623 | | 48.385 |
| b) Beteiligungen | | | | 25.610 | | 27.284 |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | | | | 13.106 | | 32.659 |
| | | | | | 42.339 | 108.328 |
| Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinn- abführungsverträgen | | | | | 52.143 | 120.477 |
| Provisionserträge | (31), (32) | | | 206.865 | | 221.767 |
| darunter Provisionserträge der Bausparkasse: | | | | | | |
| aus Vertragsabschluss und -vermittlung | | 19.484 | | | | (22.895) |
| aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung | | 2.161 | | | | (2.706) |
| aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten | | 0 | | | | (1) |
| Provisionsaufwendungen | | | | 106.994 | | 94.917 |
| darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse | | 23.350 | | | | (28.037) |
| | | | | | 99.871 | 126.850 |
| Nettoertrag aus Finanzgeschäften | (31) | | | | -40.531 | -215.524 |
| Sonstige betriebliche Erträge | (31), (33) | | | | 77.873 | 55.833 |
| Übertrag: | | | | | 1.343.952 | 984.954 |

| | siehe Anhang Ziffer | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | 2008 Tsd. € |
|--|---------------------------|--------|---------|---------|-----------|---------------------|
| Übertrag: | | | | | 1.343.952 | 984.954 |
| Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | | | |
| a) Personalaufwand | | | | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | | | 239.684 | | | 222.228 |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | | | 78.271 | | | 97.449 |
| darunter: für Altersversorgung | | 43.415 | | 317.955 | | 319.677 (66.566) |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | | | 281.101 | | 275.249 |
| | | | | | 599.056 | 594.926 |
| Abschreibungen und Wert- berichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | | | | 12.098 | 10.799 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | (33) | | | | 17.271 | 26.941 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wert- papiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft | (34) | | | | 525.584 | – |
| Erträge aus Zuschreibungen zu Forde- rungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft | | | | | 0 | 106.855 |
| Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | | | 0 | 300.000 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen | | | | | 58.192 | – |
| Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen | | | | | 0 | 14.265 |
| Aufwendungen aus Verlustübernahme | | | | | 196 | 3.480 |
| Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | | | | 131.555 | 169.931 |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | (35) | | | 61.120 | | 54.654 |
| Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen | | | | 1.125 | | 967 |
| | | | | | 62.245 | 55.621 |
| Jahresüberschuss | | | | | 69.310 | 114.310 |
| Einstellung in Gewinnrücklagen | | | | | 55.000 | 100.000 |
| Bilanzgewinn | | | | | 14.310 | 14.310 |

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2009

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale wird nach den Vorschriften des HGB in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Bausparkassen vorgeschriebenen Positionen ergänzt. Die im Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der LBS enthalten.

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale hat bis 31. Dezember 2008 einen Anteil von 50 % an der Investitionsbank Hessen Anstalt öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, (IBH) gehalten; die übrigen Anteile lagen beim Land Hessen. Die IBH war als Förderbank tätig und wies in ihrem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 eine Bilanzsumme von 1,1 Mrd. € und einen Jahresüberschuss von 2 Mio. € aus. In der Berichtsperiode wurde per Landesgesetz die IBH rückwirkend zum 1. Januar 2009 auf die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale verschmolzen. Dort wurden alle Vermögensgegenstände und Schulden der LTH – Bank für Infrastruktur – rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale zugeordnet. Die LTH – Bank für Infrastruktur wird unter dem Namen Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen – rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (WIBank) fortgeführt.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340e ff. HGB) bewertet. Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten werden als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken – Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind mit Ausnahme des Anlagebestandes nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen. Abgeschlossene Wertpapier-Swapkombinationen für die langfristige Liquiditätsanlage sowie als Kreditersatz werden verknüpft bewertet. Der Anlagebestand umfasst die im Vorjahr umgewidmeten Wertpapierbestände, diese werden regelmäßig auf dauerhafte Wertminderung überprüft.

Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Sofern keine Marktwerte von aktiven Märkten vorhanden sind, wird anhand von Bewertungsmodellen auf Basis marktliquider Parameter ein beizulegender Wert für jedes Finanzinstrument ermittelt. Bei der Analyse des Wertpapierbestandes zum Bilanzierungsstichtag wurde ein aktiver Markt für nahezu alle Wertpapiere festgestellt. Die infolge der Finanzmarktkrise noch im Vorjahr verstärkt festgestellte Marktilliquidität lag nur noch bei ausgewählten Finanztiteln der Länder Irland, Spanien und Portugal vor. Für diese Wertpapiere, die einen geringen Anteil am Wertpapierbestand ausmachen, wurde daraufhin ein

Bewertungsmodell auf Basis der Discounted Cash-Flow-Methode angewendet. Der dem Modell zugrunde liegende Diskontierungszins ermittelt sich aus den zuletzt verfügbaren liquiden Marktdaten und der aktuellen Swapkurve. Der Marktliquidität wird mittels einer liquiditätsabhängigen Adjustierung der auf die Swapkurve aufgeschlagenen Spreads Rechnung getragen. Nach Auffassung der Bank stellt dieser Wert eine sachgerechte Ermittlung des beizulegenden Wertes dar.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwertes, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Gegenstände des Anlagevermögens und immaterielle Vermögenswerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf niedrigere Zeitwerte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 150 € werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Pensionsrückstellungen wurden auf Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten unter Berücksichtigung des § 6a EStG und basierend auf den Richttafeln 2005 G von Professor Dr. Klaus Heubeck sowie vergleichbarer ausländischer Vorschriften ermittelt. Sie beinhalten zudem pensionsähnliche Verpflichtungen (wie zum Beispiel Vorruhestandsverpflichtungen) und Verpflichtungen aus Gehaltsumwandlungen gemäß BetrAVG. Der Rechnungszinsfuß für die Pensionsrückstellungen beträgt 6%.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

Vermögensgegenstände in fremder Währung (ohne Beteiligungen beziehungsweise Anteile an verbundenen Unternehmen) und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte werden zum Kassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Termingeschäften erfolgt, nach einer eventuellen Neutralisierung von Bewertungsgewinnen/-verlusten aus Kassakurs-Veränderungen, eine Abgrenzung der Swapstellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung im Sinne des § 340h HGB in Verbindung mit der Stellungnahme BFA 3/95 des IDW an. Die Nettopositionen je Währung werden täglich ermittelt.

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swapvereinbarungen) werden bei Abschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet; diese Zuordnung kann nur durch Beschluss des Vorstandes geändert werden. Derivate werden als schwebende Geschäfte nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Die Bewertung der Handelsgeschäfte (Wertpapiere, Finanzinstrumente) des Handelsbuches erfolgt nach der Portfoliobewertung.

Die Portfoliobewertung setzt auf den beizulegenden Werten der einzelnen Wertpapiere und den Marktwerten der Finanzinstrumente auf. Die Zusammenfassung der Einzelwerte (realisiertes und unreali-

siertes Ergebnis) in einem Portfolio einschließlich Geschäften zwischen den Niederlassungen erfolgt für Zwecke der Rechnungslegung anhand der Risikokategorien Zins-/Zinsspread-, Devisen- und Aktienhandel, für die ein institutionalisiertes Risikomanagement eingerichtet ist. Die Portfoliobewertung wird für die bestehenden handelsrechtlichen Portfolios auf Basis risikoadjustierter Bewertung zum beizulegenden Wert mit Value-at-Risk-Abschlag vorgenommen. Die Marktrisikoabschläge werden dabei so bemessen, dass ein zu erwartender maximaler Verlust aus diesen Handelsbüchern für einen definierten Zeitraum mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk-Abschlag wird für jede Risikokategorie vorgenommen.

Derivate außerhalb des Handels werden zu Sicherungszwecken abgeschlossen und bleiben unbewertet. Dabei werden laufende Ergebnisse aus Swap-Geschäften zeitanteilig abgegrenzt und unter den Sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

| | Mio. € | |
|--|--------|--------|
| | 2009 | 2008 |
| In dieser Position sind enthalten: | | |
| Forderungen an angeschlossene Sparkassen | 10.319 | 10.412 |
| Forderungen an verbundene Unternehmen | 2.695 | 2.418 |
| Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 205 | 1.191 |
| Die Unterposition – andere Forderungen – enthält: | | |
| nachrangige Forderungen | 50 | 128 |
| davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 0 | 78 |
| Restlaufzeiten der Unterposition – andere Forderungen – | | |
| bis drei Monate | 3.709 | 2.723 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 2.157 | 2.369 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 5.215 | 6.922 |
| mehr als fünf Jahre | 5.770 | 6.310 |
| Als Deckung verwendet | 4.620 | 5.882 |

(3) Forderungen an Kunden

| | Mio. € | |
|--|--------|----------------------|
| | 2009 | 2008 |
| In dieser Position sind enthalten: | | |
| Forderungen an verbundene Unternehmen | 763 | 935 |
| Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 1.949 | 1.699 |
| nachrangige Forderungen | 1.427 | 1.284 ¹⁾ |
| davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 13 | 12 |
| Restlaufzeiten: | | |
| bis drei Monate | 4.846 | 7.878 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 6.555 | 6.184 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 34.384 | 31.699 |
| mehr als fünf Jahre | 32.218 | 36.450 |
| mit unbestimmter Laufzeit | 1.574 | 2.420 |
| Als Deckung verwendet | 19.909 | 19.514 ²⁾ |

¹⁾ Die Angabe wurde entsprechend der bestehenden vertraglichen Regelung angepasst.

²⁾ Vorjahreswert bei hypothekarisch besicherten Forderungen angepasst.

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

| | Mio. € | |
|---|--------|--------|
| | 2009 | 2008 |
| Verbriefte Forderungen | | |
| an verbundene Unternehmen | 2 | 4 |
| an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 886 | 957 |
| Von den börsenfähigen Wertpapieren sind | | |
| börsennotiert | 37.693 | 42.986 |
| nicht börsennotiert | 2.631 | 2.325 |
| Restlaufzeiten: | | |
| im Folgejahr fällig werdende Beträge | 11.311 | 8.935 |
| Nachrangige Vermögensgegenstände | 39 | 65 |
| Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind in Pension gegeben | 1.600 | 1.324 |
| Bilanzwert der Wertpapiere im Anlagebestand | 1.178 | 1.331 |
| Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand | 1.087 | 1.216 |
| Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand | 120 | 115 |

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

| | Mio. € | |
|---|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Von den börsenfähigen Wertpapieren sind | | |
| börsennotiert | 226 | 58 |
| nicht börsennotiert | 10 | 74 |

(6) Beteiligungen

| | Mio. € | |
|---------------------------|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Von den Wertpapieren sind | | |
| börsenfähig | 106 | 216 |
| börsennotiert | 86 | 86 |

Zwei verbundene Unternehmen und zwölf Beteiligungen mit einem Gesamtbuchwert von 164 Mio. € (Zeitwert 132 Mio. €) wurden nicht zum vorübergehend niedrigeren Zeitwert angesetzt. Die Gesamtdifferenz resultiert maßgeblich aus der Kursdifferenz einer börsennotierten Beteiligung, deren Börsenkurs zwar immer noch unter Anschaffungskosten liegt, aber bereits im Geschäftsjahr eine Erholung zeigte. Weitere Abweichungen ergaben sich aus Währungseffekten und branchentypischen Anlaufverlusten bei Beteiligungen an Infrastruktur-, Private Equity- und Mezzaninefonds.

(7) Anteile an verbundenen Unternehmen

| | Mio. € | |
|---------------------------|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Von den Wertpapieren sind | | |
| börsenfähig | 137 | 8 |
| börsennotiert | – | – |

(8) Treuhandvermögen

| | Mio. € | |
|--|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Das Treuhandvermögen gliedert sich nach Positionen des Gliederungsschemas der RechKredV in | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 6 | 4 |
| Forderungen an Kunden | 696 | 721 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 10 | 0 |
| Beteiligungen | 52 | 0 |
| Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen | 203 | 252 |

(9) Immaterielle Anlagewerte

Der Bilanzausweis beinhaltet im Wesentlichen die Bestände an erworbener standardisierter Software.

(10) Sachanlagen

| | Mio. € | |
|--|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| In dieser Position sind enthalten: | | |
| im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude | 16 | 17 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 24 | 25 |

(11) Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis beinhaltet im Wesentlichen Zinsforderungen aus Swapvereinbarungen, Verrechnungsansprüche gegenüber Sondervermögen sowie gezahlte Optionsprämien.

(12) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

| | Mio. € | |
|--|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| In dieser Position sind enthalten: | | |
| Agien aus Forderungen | 4 | 5 |
| Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen | 172 | 188 |

(13) Echte Pensionsgeschäfte

| | Mio. € | |
|--|--------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| In Pension gegebene Vermögensgegenstände | 1.716 | 5.768 |

(14) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

| | Mio. € | |
|--|---------------------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen: | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 6.836 ¹⁾ | 4.773 |

¹⁾ Einschließlich 409 Mio. € (2008: 644 Mio. €) in Pension genomener Wertpapiere, die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

(15) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

| | Mio. € | |
|--|--------|--------|
| | 2009 | 2008 |
| | 32.628 | 35.453 |

(16) Anlagenspiegel

| Anlagevermögen – Mio. € – | Immaterielle Anlagewerte | Sachanlagen | Schuldver- schreibungen und andere festver- zinsliche Wertpapiere | Beteiligungen | Anteile an verbundenen Unternehmen | Gesamt |
|---|-----------------------------|-------------|--|---------------|--|--------------|
| Anschaffungs-/ Herstellungskosten 1.1.2009 | 72 | 161 | 1.331 | 875 | 1.915 | 4.354 |
| Zugänge | 12 | 19 | 0 | 35 | 63 | 129 |
| Abgänge | 6 | 36 | 153 | 183 | 1 | 379 |
| Umbuchungen | 0 | 0 | – | –88 | 88 | 0 |
| Wechselkursveränderungen | 0 | 0 | 0 | 0 | –1 | –1 |
| Kumulierte Abschreibungen | 60 | 94 | 0 | 79 | 21 | 254 |
| Bilanzwert am 31.12.2009 | 18 | 50 | 1.178 | 560 | 2.043 | 3.849 |
| Bilanzwert Vorjahr | 14 | 52 | 1.331 | 807 | 1.894 | 4.098 |
| Abschreibungen 2009 | 7 | 5 | 0 | 39 | 0 | 51 |

(17) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

| | Mio. € | |
|--|--------|--------|
| | 2009 | 2008 |
| In dieser Position sind enthalten: | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen | 8.599 | 11.214 |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 4.196 | 4.268 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 22 | 350 |
| Restlaufzeiten der Unterposition – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – | | |
| bis drei Monate | 9.940 | 18.185 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 10.892 | 11.520 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 12.651 | 12.210 |
| mehr als fünf Jahre | 11.032 | 12.625 |

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

| | Mio. € | |
|--|--------|--------|
| | 2009 | 2008 |
| In dieser Position sind enthalten: | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 707 | 1.132 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 105 | 84 |
| Restlaufzeiten der Unterposition | | |
| – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – | | |
| bis drei Monate | 8.747 | 11.858 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 3.103 | 4.160 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 7.377 | 6.702 |
| mehr als fünf Jahre | 9.314 | 9.886 |

(19) Verbriefte Verbindlichkeiten

| | Mio. € | |
|--|--------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| In dieser Position sind enthalten: | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 5 | – |
| Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 716 | 1.081 |
| Restlaufzeiten der Unterposition – Begebene Schuldverschreibungen – | | |
| im Folgejahr fällig werdende Beträge | 7.093 | 9.505 |
| Restlaufzeiten der Unterposition – andere verbrieftete Verbindlichkeiten – | | |
| bis drei Monate | 8.232 | 5.940 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 3.680 | 934 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | – | – |
| mehr als fünf Jahre | – | – |

(20) Treuhandverbindlichkeiten

| | Mio. € | |
|---|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in | | |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 11 | 15 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 894 | 962 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 63 | 0 |

(21) Sonstige Verbindlichkeiten

| | Mio. € | |
|---|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Wesentliche Posten sind: | | |
| Zinsverpflichtungen aus Swapvereinbarungen | 555 | 712 |
| erhaltene Optionsprämien | 512 | 489 |
| Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung | 196 | 630 |
| Zinsen für Genussrechte und Stille Einlagen | 130 | 130 |

Dem Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung stand 2008 die Neutralisierung von Bewertungsverlusten aus Kassakurs-Veränderungen bei auf Fremdwährung lautenden Termingeschäften entgegen, die unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen wurden. 2009 ist der Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung vollständig unter den Sonstigen Verbindlichkeiten aufgeführt.

(22) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

| | Mio. € | |
|---|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Die Position enthält im Wesentlichen | | |
| Disagien aus dem Darlehensgeschäft | 204 | 188 |
| Agien aus Verbindlichkeiten | 31 | 25 |

(23) Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte, für Bonitäts- und Länderrisiken im Kreditgeschäft sowie im Zusammenhang mit der Bewertung derivativer Geschäfte des Handels der Bank gebildet. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(24) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

| Währungsbetrag – in Mio. € – | Aktueller Zinssatz – % – | Fällig im Jahr | Vorzeitige Rückzahlungs- verpflichtung |
|---------------------------------|-----------------------------|----------------|--|
| 650 | 5,50 | 2015 | – |
| 250 | 4,125 | 2016 | – |

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anrechnung als haftendes Eigenkapital. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schulformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 10 Mio. € (2008: 12 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 100 Mio. € (2008: 111 Mio. €).

(25) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

| | Mio. € | |
|--|--------|--------|
| | 2009 | 2008 |
| | 24.653 | 24.487 |

(26) Eigene Mittel

| | Mio. € | |
|---|--------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| Die Eigenmittel (ohne Bilanzgewinn) gemäß Bilanz setzen sich zum Jahresende 2009 wie folgt zusammen: | | |
| Gezeichnetes Kapital | 3.450 | 3.450 |
| a) Stammkapital | 477 | 477 |
| b) Einlagen stiller Gesellschafter | 2.973 | 2.973 |
| Kapitalrücklage | 658 | 643 |
| Gewinnrücklagen | 1.252 | 1.197 |
| Einschließlich des Genussrechtskapitals, | 742 | 742 |
| des Fonds für allgemeine Bankrisiken | 425 | 425 |
| sowie nachrangiger Verbindlichkeiten | 2.339 | 2.343 |
| beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf | 8.866 | 8.800 |

Die Bestände der Gewinnrücklagen per 31. Dezember 2009 berücksichtigen eine Rücklagenzuführung in Höhe von 55 Mio. € aus dem Ergebnis 2009.

In der Kapitalrücklage sind 15,7 Mio. € enthalten, die dem Geschäftsbereich WIBank zugeordnet sind.

(27) Eventualverbindlichkeiten

| | Mio. € | |
|--|--------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sind Kreditbürgschaften in Höhe von enthalten | 4.428 | 5.913 |

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme in den nächsten 30 Tagen wird mit 5 % angesetzt.

(28) Andere Verpflichtungen

| | Mio. € | |
|---|--------|--------|
| | 2009 | 2008 |
| Es bestehen: | | |
| Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | 3.003 | 3.296 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite | 19.167 | 25.038 |

(29) Pfandbriefe und Deckungsrechnung**Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG**

| | Nennwert Mio. € | | Barwert Mio. € | |
|---------------------------------------|--------------------|--------|-------------------|--------|
| | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 |
| Hypothekendarbriefe | | | | |
| Deckungsmasse | 8.389 | 7.378 | 8.744 | 7.765 |
| Pfandbriefumlauf | 5.546 | 5.091 | 5.853 | 5.284 |
| Überdeckung | 2.843 | 2.287 | 2.891 | 2.481 |
| Risikobarwert gemäß Barwertverordnung | – | – | 2.733 | 2.282 |
| Öffentliche Darbriefe | | | | |
| Deckungsmasse | 19.604 | 21.432 | 20.380 | 22.173 |
| Pfandbriefumlauf | 13.933 | 17.295 | 14.730 | 18.215 |
| Überdeckung | 5.671 | 4.137 | 5.650 | 3.958 |
| Risikobarwert gemäß Barwertverordnung | – | – | 5.267 | 3.478 |

Zum Geschäftsjahresende befinden sich keine Derivate in Deckung.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen, die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

| | Deckungsmasse Mio. € | | Pfandbrief Mio. € | |
|---|-------------------------|-------|----------------------|-------|
| | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 |
| Zinsbindungsfristen/Restlaufzeiten | | | | |
| Hypothekendarfandbriefe | | | | |
| bis ein Jahr | 2.699 | 2.323 | 1.054 | 1.305 |
| mehr als ein Jahr bis zwei Jahre | 726 | 647 | 649 | 979 |
| mehr als zwei Jahre bis drei Jahre | 807 | 486 | 1.052 | 524 |
| mehr als drei Jahre bis vier Jahre | 882 | 813 | 552 | 1.027 |
| mehr als vier Jahre bis fünf Jahre | 915 | 778 | 155 | 493 |
| mehr als fünf Jahre bis zehn Jahre | 2.344 | 2.327 | 1.645 | 569 |
| über zehn Jahre | 16 | 3 | 439 | 195 |
| Öffentliche Darfandbriefe | | | | |
| bis ein Jahr | 3.260 | 3.220 | 1.515 | 5.807 |
| mehr als ein Jahr bis zwei Jahre | 1.701 | 2.014 | 2.703 | 1.397 |
| mehr als zwei Jahre bis drei Jahre | 1.960 | 2.412 | 1.878 | 1.748 |
| mehr als drei Jahre bis vier Jahre | 2.195 | 1.961 | 2.028 | 1.282 |
| mehr als vier Jahre bis fünf Jahre | 1.933 | 2.240 | 1.010 | 1.492 |
| mehr als fünf Jahre bis zehn Jahre | 6.551 | 7.444 | 2.983 | 3.723 |
| über zehn Jahre | 2.005 | 2.141 | 1.816 | 1.845 |

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 DarfandBG

| | Weitere Deckung Mio. € | |
|--|---------------------------|--------|
| | 2009 | 2008 |
| Hypothekendarfandbriefe | | |
| Deckungsmasse | 8.389 | 7.378 |
| davon | | |
| Sichernde Überdeckung (§ 4 (1) DarfandBG) | 250 | 143 |
| Weitere Deckung | 931 | 698 |
| Ausgleichsforderungen (§ 19 (1) Nr. 1 DarfandBG) | – | – |
| Geldforderungen (§ 19 (1) Nr. 2 DarfandBG) | – | – |
| Schuldverschreibungen (§ 19 (1) Nr. 3 DarfandBG) | 931 | 698 |
| Öffentliche Darfandbriefe | | |
| Deckungsmasse | 19.604 | 21.432 |
| davon | | |
| Sichernde Überdeckung (§ 4 (1) DarfandBG) | 528 | 529 |
| Weitere Deckung | 69 | 60 |
| Ausgleichsforderungen (§ 20 (2) Nr. 1 DarfandBG) | – | – |
| Geldforderungen (§ 20 (2) Nr. 2 DarfandBG) | 69 | 60 |

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart

| | Mio. € | |
|--------------------|--------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| Gewerblich | 5.729 | 5.174 |
| Wohnwirtschaftlich | 1.479 | 1.363 |
| Weitere Deckung | 1.181 | 841 |

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Gebäudearten

| | Mio. € | |
|-------------------------|--------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| Wohnungen | 103 | 133 |
| Einfamilienhäuser | 117 | 148 |
| Mehrfamilienhäuser | 1.258 | 1.076 |
| Bürogebäude | 3.517 | 3.270 |
| Handelsgebäude | 1.818 | 1.230 |
| Industriegebäude | 104 | 52 |
| Sonstiges Gewerbe | 246 | 584 |
| Bauplätze und Rohbauten | 45 | 44 |
| Weitere Deckung | 1.181 | 841 |

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

| | Mio. € | |
|-----------------|--------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| bis 0,3 Mio. € | 377 | 454 |
| bis 5 Mio. € | 1.426 | 1.478 |
| Größer 5 Mio. € | 5.405 | 4.605 |
| Weitere Deckung | 1.181 | 841 |

Im Geschäftsjahr wurden lediglich in der Bundesrepublik Deutschland gelegene Grundstückssicherheiten zur Deckung herangezogen, der Gesamtbetrag der hierauf entfallenden mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0,1 Mio. € (2008: 0,3 Mio. €). Im Geschäftsjahr traten weder Zwangsversteigerungs- noch Zwangsverwaltungsfälle auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

| | Mio. € | |
|--------------------|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Gewerblich | 0,1 | 0,1 |
| Wohnwirtschaftlich | 0,0 | 0,2 |
| Gesamtbetrag | 0,1 | 0,3 |

Aufgliederung der Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

| Land | Staat | | Regionale Gebietskörperschaft | | Örtliche Gebietskörperschaft | | Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige | | Summe | |
|---------------------------|-------|------|-------------------------------|-------|------------------------------|-------|--|--------|--------|--------|
| | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 |
| Deutschland | 801 | 774 | 1.601 | 2.374 | 6.587 | 6.300 | 9.139 | 10.623 | 18.128 | 20.071 |
| Frankreich inkl. Monaco | – | – | 15 | 20 | – | – | 1 | 2 | 16 | 22 |
| Großbritannien/Nordirland | 1 | 1 | – | – | – | – | – | – | 1 | 1 |
| Italien | 3 | 5 | – | – | – | – | – | – | 3 | 5 |
| Niederlande | 1 | 1 | – | – | – | – | – | – | 1 | 1 |
| Österreich | 2 | 3 | – | – | – | – | – | – | 2 | 3 |
| Schweiz | – | – | – | – | – | – | – | 10 | – | 10 |
| Slowenien | – | – | – | – | – | – | – | 10 | – | 10 |
| Spanien | – | – | 1.453 | 1.309 | – | – | – | – | 1.453 | 1.309 |
| Gesamt | 808 | 784 | 3.069 | 3.703 | 6.587 | 6.300 | 9.140 | 10.645 | 19.604 | 21.432 |

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den Öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 T€ (2008: 0 T€).

(30) Geschäft mit Derivaten

Die Darstellung des Geschäftes mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 18 HGB i. V. m. § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 17,6% verringert (2008: um +3,1% erhöht). Dies ist im Wesentlichen auf Fälligkeiten kurzfristiger Zinskontrakte an Terminbörsen zurückzuführen. Im OTC-Bereich wurden gegenläufige Positionen, insbesondere Zinsswaps und Kreditderivate, aufgelöst. Das Geschäft mit währungsrisikobehafteten Derivaten liegt knapp unter dem Vorjahresniveau, das Volumen der Geschäfte mit Aktienrisiken wurde moderat gesteigert.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –

| | Nominalwerte | | Positive | Negative |
|--|----------------|----------------|--------------|--------------|
| | Mio. € | | Marktwerte | Marktwerte |
| | 2009 | 2008 | Mio. € | Mio. € |
| Zinsrisiken | | | | |
| Zinsswaps | 341.209 | 372.514 | 7.850 | 7.405 |
| FRAAs | 1.494 | 3.223 | 0 | 0 |
| Zinsoptionen | 12.828 | 10.208 | 179 | 452 |
| Käufe | 4.189 | 3.694 | 179 | 0 |
| Verkäufe | 8.639 | 6.514 | 0 | 452 |
| Caps, Floors | 24.373 | 26.251 | 249 | 141 |
| Börsenkontrakte | 53.590 | 121.028 | 18 | 11 |
| sonstige Zinstermingeschäfte | 90 | 238 | 0 | – |
| Zinsrisiken – insgesamt – | 433.584 | 533.462 | 8.296 | 8.009 |
| Währungsrisiken | | | | |
| Devisentermingeschäfte | 25.047 | 31.323 | 398 | 317 |
| Währungsswaps/Zinswährungsswaps | 20.811 | 14.562 | 491 | 750 |
| Devisenoptionen | 2.365 | 3.156 | 21 | 22 |
| Käufe | 1.179 | 1.578 | 21 | 0 |
| Verkäufe | 1.186 | 1.578 | 0 | 22 |
| Währungsrisiken – insgesamt – | 48.223 | 49.041 | 910 | 1.089 |
| Aktien- und sonstige Preisrisiken | | | | |
| Aktienoptionen | 198 | 233 | 8 | 13 |
| Käufe | 94 | 97 | 8 | – |
| Verkäufe | 104 | 136 | 0 | 13 |
| Börsenkontrakte | 381 | 170 | 11 | 9 |
| Aktien- und sonstige Preisrisiken – insgesamt – | 579 | 403 | 19 | 22 |
| Kreditderivate | | | | |
| Käufe | 9.015 | 11.691 | 45 | 94 |
| Verkäufe | 11.488 | 15.470 | 71 | 151 |
| Kreditderivate – insgesamt – | 20.503 | 27.161 | 116 | 245 |
| Rohwarenrisiken | | | | |
| Rohwarenswaps | 9 | 3 | 1 | 1 |
| Rohwarenrisiken insgesamt | 9 | 3 | 1 | 1 |
| Gesamtsumme | 502.898 | 610.070 | 9.342 | 9.366 |

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 1,9% des Nominalwertes (2008: 2,0%).

Da Derivate in der Helaba überwiegend zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken anderer Positionen abgeschlossen werden, sind Marktwerte in ihrer Summe stets im Zusammenhang mit diesen zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den Sonstigen Vermögensgegenständen/Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Dabei entfallen von den insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva (1.410 Mio. €) 412 Mio. € auf gezahlte Optionsprämien und von den im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva (1.155 Mio. €) 512 Mio. € auf erhaltene Optionsprämien.

Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

| Nominalwerte | Zinsrisiken | | Währungsrisiken | | Aktien- und sonstige Preisrisiken | | Kreditderivate | | Rohwarenderivate | |
|-----------------------|----------------|----------------|-----------------|---------------|--------------------------------------|------------|----------------|---------------|------------------|----------|
| | Mio. € | | Mio. € | | Mio. € | | Mio. € | | Mio. € | |
| | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 | 2009 | 2008 |
| Restlaufzeiten | | | | | | | | | | |
| bis drei Monate | 114.185 | 169.851 | 16.742 | 24.540 | 238 | 93 | 386 | 348 | 2 | 1 |
| bis ein Jahr | 75.848 | 82.646 | 11.393 | 8.331 | 141 | 72 | 1.832 | 995 | 3 | 2 |
| bis fünf Jahre | 150.326 | 165.217 | 16.029 | 13.429 | 200 | 200 | 15.828 | 23.291 | 4 | 0 |
| über fünf Jahre | 93.225 | 115.748 | 4.059 | 2.741 | – | 38 | 2.457 | 2.527 | 0 | 0 |
| Summe | 433.584 | 533.462 | 48.223 | 49.041 | 579 | 403 | 20.503 | 27.161 | 9 | 3 |

Der Volumenrückgang bei den Zinsgeschäften verteilt sich auf alle Laufzeitbereiche, wobei der Schwerpunkt bedingt durch Fälligkeiten von Börsenterminkontrakten im kurzfristigen Bereich liegt. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereiches (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 43,8% (2008: 47,3%). Bei den Devisengeschäften ist ein Rückgang im kurzfristigen Laufzeitbereich zu beobachten, im mittel- bis langfristigen Bereich wurde das Volumen moderat gesteigert. Der Rückgang bei den Kreditderivaten im mittleren Laufzeitbereich beruht größtenteils auf der Auflösung gegenläufiger Positionen. Der Volumenanstieg der Geschäfte mit Aktienrisiken betrifft den kurzfristigen Laufzeitbereich.

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

| | Nominalwerte | | Positive | Negative |
|---------------------------------|----------------|----------------|--------------|--------------|
| | Mio. € | | Marktwerte | Marktwerte |
| | 2009 | 2008 | Mio. € | Mio. € |
| Banken in der OECD | 376.768 | 412.562 | 7.110 | 8.275 |
| Öffentliche Stellen in der OECD | 8.734 | 7.420 | 360 | 150 |
| Sonstige Kontrahenten | 117.396 | 190.088 | 1.872 | 941 |
| Summe | 502.898 | 610.070 | 9.342 | 9.366 |

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte überwiegend mit erstklassigen Adressen, vornehmlich OECD-Banken, ab.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein großer Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 46,0 %.

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestandes

Derivative Finanzinstrumente werden weiterhin sowohl zur Absicherung von Marktrisiken im Nicht-handelsbereich (Aktiv-/Passivsteuerung) als auch zu Handelszwecken (Trading) eingesetzt.

Der Anteil der Derivate des Handelsbestandes am gesamten Derivatevolumen liegt gegenüber dem Vorjahr auf 58,9 % (2008: 70,3 %) zurückgegangen.

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen nunmehr 57,5 % des Gesamtbestandes auf den Handelsbestand (2008: 69,5 %). Bei den Währungsrisiken betreffen 59,2 %, bei den Kreditderivaten 86,5 % der Kontrakte den Handelsbestand; die Derivate mit Aktien- und Rohwarenrisiken betreffen ausschließlich den Handelsbestand.

(31) Gliederung nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag aus Finanzgeschäften sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

| | Mio. € | |
|------------------------------------|--------|-------|
| | 2009 | 2008 |
| Inland | 5.222 | 6.427 |
| Europäische Union ohne Deutschland | 377 | 861 |
| Übriges Ausland | 257 | 496 |

(32) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleistungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden. Nach der Verschmelzung der IBH auf die Helaba werden in dieser Position auch die Erträge für die von der WIBank durchgeführten Bankdienstleistungen aus der Agrarförderung gezeigt.

(33) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 26 Mio. € (2008: 24 Mio. €) sowie Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 17 Mio. € (2008: 14 Mio. €) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für nicht eigengenutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 6 Mio. € (2008: 6 Mio. €).

(34) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

(35) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die gezeigten Ertragssteuern entfallen im Wesentlichen auf die Niederlassung New York. Die Steuerposition im Inland wird unter anderem bestimmt durch Steuererträge aus den Vorjahren. Nach Verrechnung mit dem Steueraufwand des laufenden Jahres ergibt sich im Inland eine geringfügig negative Größe. 2009 kommt die Mindestbesteuerung zum Tragen.

(36) Abschlussprüferhonorar

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer umfasst die von Unternehmen des Konzerns der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbrachten Leistungen.

| | Mio. € | |
|-----------------------------|--------|------|
| | 2009 | 2008 |
| Abschlussprüfungsleistungen | 3 | 3 |
| Andere Bewertungsleistungen | 0 | 0 |
| Steuerberatungsleistungen | 0 | – |
| Sonstige Leistungen | 0 | 1 |
| Summe | 3 | 4 |

(37) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 20 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 156 Mio. €. Hiervon entfallen 27 Mio. € auf verbundene Unternehmen. Für ein Unternehmen besteht eine vertragliche Nachschusspflicht der Bank in Höhe von 1 Mio. €. Die Einzahlungsverpflichtungen gemäß § 172 Abs. 4 HGB belaufen sich bei der Helaba für ein verbundenes Unternehmen auf 36 Mio. €. Des Weiteren besteht eine Nachhaft der Helaba für eventuelle Verbindlichkeiten zweier erloschener Gesellschaften gemäß § 159 Abs. 1 HGB in Höhe von maximal 15 Mio. €.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, der Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz, und der Leuzit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co., Objekt Verwaltungsgebäude Rüdesheim OGH, Mainz, beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 158 Mio. €.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5‰ der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages.

Zugunsten der Helaba Dublin, eines verbundenen Unternehmens, hat die Bank eine Patronatserklärung gegenüber der irischen Zentralbank abgegeben. Für die LB(Swiss) Privatbank AG, Zürich, trägt die Helaba in Höhe ihrer Anteilsquote dafür Sorge, dass die Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann. Diese Anteilsquote hat sich mit Ablauf des 21. Dezember 2009 auf 100 % erhöht. Die Patronatserklärung der BayernLB gegenüber der LB(Swiss) ist somit mit Ablauf des 21. Dezember 2009 entfallen. Zeitgleich ist die Patronatserklärung der Helaba gegenüber der Banque LBLux S.A., Luxemburg, entfallen. Die LB(Swiss) ist seit diesem Zeitpunkt ein verbundenes Unternehmen der Helaba.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 3,6 Mrd. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft via Xemac betrug 1,3 Mrd. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 2,3 Mrd. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beide verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Aus der Rückzahlung von stillen Einlagen können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von sieben bis zu 13 Jahren genutzten Immobilien sind für 2010 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 46,3 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset Backed Commercial Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein ABS-Portfolio (verbrieft Forderungen aus dem Bestand der Helaba mit einem beizulegenden Zeitwert von 121 Mio. € (2008: 141 Mio. €), das nach IAS 27/SIC 12 im Konzernabschluss konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1,2 Mrd. € (2008: 1,6 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2009 0,9 Mrd. € (31. Dezember 2008: 1,2 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-/Währungsswaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanzswaps und Optionen darauf, Zinsfutures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handel überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

(38) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Helaba werden Geschäfte mit nach § 285 Nr. 21 HGB als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba und des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2009 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

| in Mio. € | 31.12.2009 |
|--|--------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | 3.058 |
| Verbundene Unternehmen | 2.699 |
| Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen | 5 |
| Gesellschafter der Helaba | 354 |
| Sonstige nahestehende Personen | – |
| Forderungen an Kunden | 2.462 |
| Verbundene Unternehmen | 986 |
| Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen | 500 |
| Gesellschafter der Helaba | 922 |
| Sonstige nahestehende Personen | 54 |
| Sonstige Aktivposten | 2 |
| Verbundene Unternehmen | 2 |
| Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen | – |
| Gesellschafter der Helaba | – |
| Sonstige nahestehende Personen | – |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 4.175 |
| Verbundene Unternehmen | 4.169 |
| Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen | 6 |
| Gesellschafter der Helaba | – |
| Sonstige nahestehende Personen | – |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 931 |
| Verbundene Unternehmen | 719 |
| Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen | 26 |
| Gesellschafter der Helaba | 186 |
| Sonstige nahestehende Personen | 0 |
| Sonstige Passivposten | 5 |
| Verbundene Unternehmen | 5 |
| Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen | – |
| Gesellschafter der Helaba | – |
| Sonstige nahestehende Personen | – |
| Eventualverbindlichkeiten | 841 |
| Verbundene Unternehmen | 405 |
| Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen | 191 |
| Gesellschafter der Helaba | 59 |
| Sonstige nahestehende Personen | 186 |

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,2 Mio. € (2008: 0,2 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2,2 Mio. € (2008: 3,0 Mio. €).

Wertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen nicht. Forderungsausbuchungen oder Forderungsverzichte sind 2009, ebenso wie 2008, nicht angefallen.

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich auf 3,7 Mio. € (2008: 4,8 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,6 Mio. € (2008: 0,6 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. An frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden 3,7 Mio. € (2008: 4,1 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 31,6 Mio. € (2008: 29,2 Mio. €) zurückgestellt.

(39) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

| | weiblich | männlich | gesamt |
|--|----------|----------|--------|
| Bank | 967 | 1.411 | 2.378 |
| Landesbausparkasse | 190 | 142 | 332 |
| WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen | 197 | 166 | 363 |
| Gesamtbank | 1.354 | 1.719 | 3.073 |

(40) Organe der Bank**Verwaltungsrat**

Gregor Böhmer
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
Vorsitzender
– bis 28. Februar 2009 –

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
Vorsitzender
– seit 1. März 2009 –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
Erster Stellvertretender
Vorsitzender

Karlheinz Weimar
Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
Zweiter Stellvertretender
Vorsitzender

Dieter Mehlich
Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse
Kassel
Dritter Stellvertretender
Vorsitzender

Hans Adler
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Starkenburg
Heppenheim

Prof. Dr. h.c. Ludwig G. Braun
Vorsitzender des Vorstandes
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Robert Fischbach
Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg

Martin Fischer
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Stefan Gieltowski
Oberbürgermeister
Rüsselsheim

Alfred Jakoubek
Landrat
Landkreis Darmstadt-Dieburg
Darmstadt
– bis 30. September 2009 –

Stefan Lauer
Mitglied des Vorstandes
Deutsche Lufthansa AG
Frankfurt am Main

Christoph Matschie
Minister
Thüringer Ministerium für Bil-
dung, Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Fulda

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß
Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege
– seit 19. November 2009 –

Dr. h.c. Petra Roth
Oberbürgermeisterin
Frankfurt am Main

Thorsten Schäfer-Gümbel
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden
– seit 18. März 2009 –

Dr. Bernd Scheifele
Vorsitzender des Vorstandes
HeidelbergCement
Heidelberg

Horst Schnur
Landrat
Odenwaldkreis
Erbach
– bis 31. August 2009 –

Wolfgang Schuster
Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar
– seit 19. November 2009 –

Dr. Rainer Spaeth
Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Dr. Norbert Vornehm
Oberbürgermeister
Gera

Verwaltungsrat**Dr. Manfred Wagner**

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bad Hersfeld-
Rotenburg
Bad Hersfeld

Jürgen Walter

Rechtsanwalt
Gernsheim
– bis 28. Februar 2009 –

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Saalfeld-
Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Von der Belegschaft entsandt**Wilfried Abt**

Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
Vierter Stellvertretender
Vorsitzender

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
New York

Nicole Brandt

Bankangestellte
Kassel

Wilfried Carl

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Kassel

Thorsten Derlitzki

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik

Bankprokuristin
Erfurt

Susanne Noll

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahlinger-Rasper

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch

Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Kreditausschuss des Verwaltungsrates

| | |
|---|--|
| Gregor Böhmer Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt Vorsitzender – bis 28. Februar 2009 – | Frank Lortz Mitglied des Hessischen Landtages Wiesbaden |
| Gerhard Grandke Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt Vorsitzender – seit 1. März 2009 – | Dieter Mehlich Vorsitzender des Vorstandes Kasseler Sparkasse Kassel |
| Dr. Werner Henning Landrat Landkreis Eichsfeld Heiligenstadt Stellvertretender Vorsitzender | Gerhard Möller Oberbürgermeister Fulda |
| Wilfried Abt Abteilungsleiter Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Frankfurt am Main | Generalkonsul h.c. Dirk Pfeil Unternehmensberater Frankfurt am Main |
| Martin Fischer Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Jena-Saale-Holzland Jena | Clemens Reif Mitglied des Hessischen Landtages Wiesbaden |
| Claus Kaminsky Oberbürgermeister Hanau – seit 1. Dezember 2009 – | Horst Schnur Landrat Odenwaldkreis Erbach – bis 31. August 2009 – |
| Thomas Kretschmer Geschäftsführer Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Frei- staats Thüringen mbH Erfurt – bis 23. März 2009 – | Wolfgang Wehner Suhl – vom 25. März 2009 bis 14. März 2010 – |
| | Ulrich Zinn Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Grünberg Grünberg |

Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates

| | |
|--|--|
| Gregor Böhmer Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt Vorsitzender – bis 28. Februar 2009 – | Hans Adler Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Starkenburg Heppenheim |
| Gerhard Grandke Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt Vorsitzender – seit 25. März 2009 – | Dr. Robert Becker Senior Vice President Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale New York |
| Stephan Ziegler Vorsitzender des Vorstandes Nassauische Sparkasse Wiesbaden Erster Stellvertretender Vorsitzender | Wilfried Carl Stellvertretender Abteilungsleiter Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Kassel |
| Hans Peschka Stellvertretender Abteilungsleiter Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Frankfurt am Main Zweiter Stellvertretender Vorsitzender – seit 12. Februar 2009 – | Dr. Werner Henning Landrat Landkreis Eichsfeld Heiligenstadt |
| | Dr. Rainer Spaeth Staatssekretär Thüringer Finanzministerium Erfurt |
| | Karlheinz Weimar Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen Wiesbaden |

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personalausschuss, Bauausschuss sowie Beteiligungsausschuss übertragen.

Vorstand**Hans-Dieter Brenner**

Vorsitzender

Johann Berger

Stellvertretender Vorsitzender

– seit 1. Dezember 2009 –

Stefan Bungarten

– bis 25. März 2009 –

Klaus-Dieter Gröb**Dr. Detlef Hosemann**

– seit 1. Dezember 2009 –

Rainer Krick

– seit 15. September 2009 –

Gerrit Raupach**Dr. Norbert Schraad**

(41) Anteilsbesitz

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB erfolgt gemäß § 287 Satz 1 HGB und wird zusammen mit dem Jahresabschluss im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

(42) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

| Mandatsträger | Kapitalgesellschaft | Funktion |
|---------------------|--|--|
| Hans-Dieter Brenner | DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main | Mitglied |
| | Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main | Vorsitzender |
| | LB(Swiss) Privatbank AG, Zürich, Schweiz | Präsident |
| | Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main | Mitglied |
| Johann Berger | GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main | Vorsitzender |
| Klaus-Dieter Gröb | Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main | Erster Stellvertretender Vorsitzender |
| | DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main | Mitglied |
| Dr. Detlef Hosemann | GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main | Stellvertretender Vorsitzender |
| Rainer Krick | Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin | Mitglied |
| | Helaba International Finance plc, Dublin | Vorsitzender |
| Gerrit Raupach | Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main | Mitglied |
| | Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main | Mitglied |
| Dr. Norbert Schraad | Bundesdruckerei GmbH, Berlin | Mitglied |

Mandate anderer Mitarbeiter

| Mandatsträger | Kapitalgesellschaft | Funktion |
|-------------------------|--|--------------------------------|
| Hartmut Bieneck | Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt | Mitglied |
| Dr. Winfried Franke | LB(Swiss) Privatbank AG, Zürich, Schweiz | Mitglied |
| Jörg Hartmann | AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main | Mitglied |
| Dr. Herbert Hirschler | Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden | Mitglied |
| Jürgen Hofer | Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main | Mitglied |
| Dieter Kasten | GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main | Mitglied |
| Dr. Ulrich Kirchhoff | Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main | Stellvertretender Vorsitzender |
| Claudio Miguel Lagemann | Pirelli Deutschland GmbH, Höchst | Mitglied |
| Dr. Ulrich Pähler | Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin | Vorsitzender |
| | Helaba International Finance plc, Dublin | Mitglied |
| Lothar Steinborn-Reetz | Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main | Mitglied |
| | Helaba International Finance plc, Dublin | Mitglied |

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2010

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

| | | | |
|---------|---------|-------------|--------------|
| Brenner | Berger | Gröb | Dr. Hosemann |
| Krick | Raupach | Dr. Schraad | |

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 25. Februar 2010

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

| | | | |
|---------|---------|-------------|--------------|
| Brenner | Berger | Gröb | Dr. Hosemann |
| Krick | Raupach | Dr. Schraad | |

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 25. Februar 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

| | |
|-------------------|-------------------|
| Markus Burghardt | Wolfgang Weigel |
| Wirtschaftsprüfer | Wirtschaftsprüfer |

**Unterzeichner für die
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

Frankfurt am Main / Erfurt, den 25. März 2010